

**Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
vom 08.02.2023**

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Hebich, Martin	Oberbürgermeister	
Baqué, Manuel	CDU	bis TOP 17.3
Baumann, Michael	CDU	
Bindert, Gabriele	CDU	
Dropmann, Hans	CDU	
Finke, Stephan	CDU	bis TOP 17.3
Haselmaier, Heike	CDU	
Jerger, Jürgen	CDU	bis TOP 13
Krantz, Stefan	CDU	
Kühner, Daniel	CDU	
Maurer, Lothar, Dr.	CDU	
Piana, Jesko	CDU	
Schönherr, Sonja	CDU	
Spiegel, Lucas	CDU	
Winkes, Daniel	CDU	
Höppner, Aylin	SPD	
Klodt, Uwe	SPD	bis TOP 9.2
Koch, Gunther	SPD	
König, Adolf José	SPD	
Ober, Karl	SPD	
Reffert, Monika	SPD	
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD	
Sielaff, Kirsten	SPD	
Werle-Schneider, Gisela, Dr.	SPD	
Bruder, Gerhard, Dr.	Die Grünen/Offene Liste	
Classen-Czeczerski, Sylvia	Die Grünen/Offene Liste	
Gauch, Anne	Die Grünen/Offene Liste	
Goschinak, Günter	Die Grünen/Offene Liste	
Hatzfeld-Baumann, Ute	Die Grünen/Offene Liste	
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste	
Stauffer, Monika	Die Grünen/Offene Liste	
Trapp, Hartmut	AfD	
Ullrich, Thorsten	AfD	ab TOP 4
Wagner, Reiner	AfD	
Weber, Beate	Parteilos	
Mester, Tanja	FWG	
Sturm, Charis	FWG	
Sturm, Rudi	FWG	
Börstler, Thomas	FDP	
Gürtler, Arno	FDP	
Schaich, Sylvia	Die Linke	bis TOP 17.3
Schwarzendahl, David	Die Linke	

(nicht stimmberechtigte)

Knöppel, Bernd	Bürgermeister
Leidig, Bernd	Beigeordneter
Denzer, Marika	Verwaltung

Fiedler, Björn	Verwaltung
Graber-Jauch, Andrea	Verwaltung
Haas, Jasmin	Verwaltung
Hock, Bettina	Verwaltung
Kaiser, Thorsten	Verwaltung
Kardaus, Jan	Verwaltung
Kattler, Matthias, Dr.	Verwaltung
Kramer, Priska	Verwaltung
Mutzek-Pentz, Claudia	Verwaltung
Reinhardt, Michael	Verwaltung
Rexin, Stephanie	Verwaltung
Röther, Monika	Stadtklinik Frankenthal
Schandin, Xenia	Verwaltung
Sprenger, Iris	Verwaltung
Umstadt, Monica	Verwaltung
Waschbüsch, Peter	Verwaltung
Winsel, Wolfgang	Verwaltung

(Abwesend bei Top ...)

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Baldauf, Christian	CDU
Bürkle, Uwe	CDU
Svoboda, Martin	CDU

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 21:55 Uhr

Die Mitglieder des Stadtrates waren durch Einladung vom 02.02.2023 auf Mittwoch, den 08.02.2023 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 21 wurden in öffentlicher Sitzung, die Tagesordnungspunkte 22 bis 23 in nichtöffentlicher Sitzung im kleinen Saal des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, behandelt. Im Anschluss wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Oberbürgermeister Martin Hebich
(Vorsitzender)

Peter Waschbüsch
(Schriftführer)

Tagesordnung

OB Hebich hält die dem Protokoll beigefügte Ansprache zur Schweigeminute für die Opfer des Erdbebens in der Türkei und in Syrien.

Anschließend setzt er mit Zustimmung des Stadtrats die Vorlage „XVII/3006 Einstellung – Tischvorlage“ unter TOP 22 von der Tagesordnung ab und nimmt die Vorlagen „XVII/3020 Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums an der Stadtklinik; hier Ergänzungsdrucksache zur Drucksache XVII/2944“ als TOP 8.1, „XVII/3021 Einstellung - Tischvorlage“ als TOP 22.1 und „XVII/3011 Sachstand der Realisierung des „Masterplans Albert-Frankenthal-Quartier“; hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion“ als TOP 18.1 auf die Tagesordnung auf. Die Vorlage „XVII/2944 Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums an der Stadtklinik; hier: Arztsitz Psychotherapie“ unter TOP 21 wird in die öffentliche Sitzung verschoben.

Nach Begründung der Dringlichkeit werden die Vorlagen „XVII/3022 Resolution zur Flüchtlingskrise; hier: Eilantrag der CDU-Stadtratsfraktion“ als TOP 9.1, „XVII/3014 Nutzung bzw. Zweckentfremdung der Sporthalle der Berufsbildenden Schule Andreas-Albert-Schule; Vorlage der Kriterienauswahl; hier: Eilantrag der SPD-Stadtratsfraktion“ als TOP 9.2, „XVII/3016 Teilnahme am Modellprojekt „Kommunale Allianz und Strategien gegen Rassismus und Hass“; hier: Eilantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste“ als TOP 11.1, „XVII/3019 Einrichtung eines Bewerbermanagements - Sachstand?; hier: Eilanfrage der CDU-Stadtratsfraktion“ als TOP 17.1, „XVII/3017 KiTa Bewerbung; hier: Eilanfrage der FDP-Stadtratsfraktion“ als TOP 17.2 und „XVII/3018 Bewerbung Kindertagesstätten; hier: Eilanfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste“ als TOP 17.3 auf die Tagesordnung aufgenommen.

I. Öffentliche Sitzung

Einwohnerfragestunde

Vorlagen der Verwaltung

1. Nachwahl in Gremien
Vorlage: XVII/2998
2. Verleihung des Dr. Nathan-Preises - Ehrenamtspreis der Stadt Frankenthal (Pfalz) - für das Jahr 2022
Vorlage: XVII/2979
3. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Frankenthal (Pfalz) für das Jahr 2022
Vorlage: XVII/2982
4. Konzeptvergabe Flst.Nr. 3443/11, An der Landwirtschaftsschule
hier: Zustimmung zum Veröffentlichungstext und Verfahrensablauf
Vorlage: XVII/2928
- 4.1. Änderungsdrucksache
Konzeptvergabe Flst.Nr. 3443/11, An der Landwirtschaftsschule
hier: Zustimmung zum Veröffentlichungstext und Verfahrensablauf
Vorlage: XVII/2995
5. Geänderter Baubeschluss: Fertigstellung des ersten Bauabschnitts für Flüchtlingsunterkünfte in der Siemensstraße 41
Vorlage: XVII/3007

6. Beitritt zum Kommunalen Klimapakt und Verwendung des Kommunalen Investitionsprogramm Klima und Innovation (KIPKI)
Vorlage: XVII/2999
7. Einführung des Handyparkens
Vorlage: XVII/2167
8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Nördlich des Jahnplatzes“, Erneuter Beschluss über die freiwilligen frühzeitigen Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: XVII/2960
- 8.1. Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums an der Stadtklinik hier Ergänzungsdrucksache zur Drucksache XVII/2944
Vorlage: XVII/3020

Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

9. Beschlusskontrolle Anträge
hier: 2. Halbjahr 2022
Vorlage: XVII/3001

Anträge der Fraktionen

- 9.1. Resolution zur Flüchtlingskrise
hier: Eilantrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3022
- 9.2. Nutzung bzw. Zweckentfremdung der Sporthalle der Berufsbildenden Schule Andreas-Albert-Schule; Vorlage der Kriterienauswahl
hier: Eilantrag der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3014
10. Photovoltaik-Offensive 2025 – Frankenthal setzt auf Sonnenenergie
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/2987
11. Unterbringung von Geflüchteten
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/2965
- 11.1. Teilnahme am Modellprojekt „Kommunale Allianz und Strategien gegen Rassismus und Hass“
hier: Eilantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/3016
12. Sozialberatung
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/2997
13. Seniorentreff
hier: Prüfantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/3008

14. Parksituation in der Oggersheimer Str. in Studernheim
hier: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3005
15. Beitritt zum kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP)
hier: Antrag der FWG-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/2989
16. Alternative Unterbringung von Geflüchteten
hier: Prüfantrag der FDP-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3009

Anfragen der Fraktionen

17. Sachstand Unterkunft Schießgartenweg
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3003
- 17.1. Einrichtung eines Bewerbermanagements - Sachstand?
hier: Eilanfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3019
- 17.2. KiTa Bewerbung
hier: Eilanfrage der FDP-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3017
- 17.3. Bewerbung Kindertagesstätten
hier: Eilanfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/3018
18. Flomersheimer Brücke
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3004
- 18.1. Sachstand der Realisierung des „Masterplans Albert-Frankenthal-Quartier“
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/3011
19. Kommunales Investitionsprogramm Klima und Innovation (KIPKI)
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/3000
20. Windräder im Stadtgebiet
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/2988
21. Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums an der Stadtklinik
hier: Arztsitz Psychotherapie
Vorlage: XVII/2944

II. Nichtöffentliche Sitzung

Personalangelegenheiten

III. Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung



XVII. Wahlperiode 2019 – 2024

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Einwohnerfragestunde

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25 / 31 / 51					

Protokoll:

Herr Selbach stellt seine Einwohnerfrage vor. Zusätzlich möchte er aus aktuellem Anlass vier Sätze sagen:

„Satz 1: Ich habe sehr traurig entgegengenommen, die Unterstellungen und Anspielungen, die gestern in dem Rheinpfalz-Artikel gestanden haben zu unserer Initiative. Das sind Zitate, die Herr Hebich da dem Redakteur gesagt hat, die einfach versucht haben, unsere Initiative in ein Zwielflicht zu bringen. Das finde ich sehr schade.

Satz 2: Wer gestern Abend dabei war und gesehen hat, wie ca. 100 Einwohner des Viertels in Kälte und in Dunkelheit eine halbe Stunde sich friedlich beraten haben und auch ein Informationsbedürfnis hatten, dass aber leider nicht befriedigt wurde, weil von der Stadt keiner gekommen ist, der müsste eigentlich sich sagen: so sieht demokratische Willensbildung von unten aus.

Satz 3: Ich bin jetzt 70 Jahre alt und habe als junger Jugendlicher die Spießergesellschaft der 60er Jahre noch mitbekommen. Da wäre so ein Bürgerbegehren nicht möglich gewesen, da hätte man gesagt: geh doch rüber, wenn es euch nicht passt, oder man hätte uns als fünfte Kolonne beschimpft. Heute gibt es diese Begriffe nicht mehr, heute wird davon geredet, dass einschlägige Kreise dahinterstehen oder dass ein mulmiges Gefühl entsteht, oder dass kein Sicherheitskonzept da ist, und das sind die Begriffe, die Herr Hebich in dem Artikel gestern gesagt hat.

Satz 4: Ich fordere Sie Herr Hebich auf, diese Insinuationen einfach zurückzunehmen. Ich habe Sie auf der letzten Wahl sogar mitgewählt. Aber ich finde das nicht würdig für einen Vertreter der CDU und für ein Stadtoberhaupt, in dieser Weise mit den Bürgern umzugehen.“

OB Hebich antwortet auf die Aussagen von Herrn Selbach:

Er hat Herrn Selbach und die anderen Personen, die sich in dieser Initiative manifestiert haben und die Bürger aufgerufen haben, zu kommen und sich zu beraten, nicht in einen Kontext gestellt, zu dem sie nicht gehören. Aber man muss auch feststellen,

dass diese Einladung, die verteilt wurde, so wurde es ihm selbst aus dem Rat gespiegelt, mittlerweile auch Personen erreicht hat, mit denen die Initiative sicher nicht auftreten will. Er bittet um Beachtung der Lebenswirklichkeit, welche Brisanz bei solchen öffentlichen Diskussionen und Versammlungen mitunter auftritt. Wenn man bei Google Suchbegriffe eingibt wie Flüchtlingsunterkunft, Bürgerversammlung und ähnliches kann man schnell sehen, wie brisant das Thema ist, wie emotional es diskutiert wird und auch wie leicht diese Veranstaltungen kippen können. OB Hebich betont, dass er Herrn Selbach und den anderen beteiligten Personen nichts unterstellt. Aber die Vorbereitung zu einer Versammlung und einer Information zu diesem Thema erfordert auch nach den Ratschlägen, welche die Verwaltung von den Sicherheitsbehörden erhält, immer auch ein gewisses Sicherheitsprofil von solchen Versammlungen, da sie eben auch sehr schnell kippen können. Das hat er gesagt und das hat er im Vorfeld bemängelt, dass dies dem Eindruck der Verwaltung nach nicht stattgefunden hat. OB Hebich musste auch davon ausgehen, dass bei einer solchen Veranstaltung sehr schnell die zulässige Zahl der Sitzplätze überschritten worden wäre, die in dem Raum erlaubt ist. Wenn dann 400 bis 500 Personen Einlass begehren, aber nur 180 Plätze verfügbar sind, hat man sehr schnell ein Problem mit der Sicherheit aber auch sehr schnell vielleicht eine gewisse Emotion drin, die man nicht mehr kontrollieren kann. Das hat er der Rheinpfalz gesagt. Er hat Herrn Selbach und andere Personen in keinen anderen Kontext gestellt und diesbezügliche Unterstellungen weist er zurück.

OB Hebich beantwortet die Einwohnerfrage von Herrn Selbach wie folgt:

Die Betreuung der in der Sporthalle untergebrachten Asylsuchenden und Flüchtlinge wird in enger Kooperation mit der eingesetzten Hausleitung vor Ort über einen Sozialpädagogen geplant. Bereits bei der Einweisung der neu zugewiesenen Personen in ihre Unterkunft werden strukturelle Rahmenbedingungen, wie z.B. die Einhaltung der Hausordnung, erläutert. Durch den täglichen Austausch zwischen Hausleitung, Sozialdienst und Wohnraumsicherung können Alltagsprobleme und mögliche Konfliktdynamiken frühzeitig erkannt und nach Möglichkeit entschärft werden. Bei der Betreuung der Geflüchteten steht die Förderung der strukturellen Integration der Menschen im Vordergrund. In einer regelmäßigen Sprechstunde vor Ort soll auch den Flüchtlingen, die in der Schulturnhalle untergebracht sind, die Zugänge zu Integrations- und Sprachkursen, zur Gesundheitsversorgung, zu Sozialleistungen, zur Ausländerbehörde, zu den Migrationsberatungsstellen und zu ehrenamtlichen Helferkreisen ermöglicht werden. Die Gesundheitsversorgung umfasst neben der Anbindung zu Allgemeinmedizinern auch die Überweisung zu Fachärzten. Dies betrifft ausdrücklich, bei gegebenem Anlass, auch die Anbindung an therapeutische Angebote, wie z.B. der Psychiatrische Institutsambulanz in Frankenthal. Ob eine therapeutische Behandlung angemessen und notwendig ist entscheidet im Vorfeld der öffentliche Gesundheitsdienst der Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis. Bereits vor ihrer Zuweisung nach Frankenthal werden die Geflüchteten in der Landesaufnahmeeinrichtung medizinisch begutachtet und Auffälligkeiten ggf. mitgeteilt. Zusammenfassend kann durch die Sozialarbeitenden der Abteilung Integration in Kooperation mit der Hausleitung und der Wohnraumsicherung Folgendes geleistet werden:

- Begleitung der Einweisung in die Unterkunft
- Erläuterung der Rahmenbedingungen, die sich aus der Hausordnung ergeben
- Konfliktmanagement zwischen Bewohnern
- Ansprechpartner für die Hausleitung und die Wohnraumsicherung
- Unterstützung der Bewohner bei strukturellen Integrationsprozessen:
 - Zugang zum Gesundheitssystem und zu Sozialleistungen,
 - Erläuterung des Arbeitsmarktzugangs mit Kontaktaufnahme zum Jobcenter
 - Unterstützung bei Bewerbungen
 - Zugang zu den Sprachkursträgern zur schnellstmöglichen Anmeldung zu In-

tegrations- und Sprachkursen

- Regelmäßige bedarfsorientierte Sprechstunden in der Unterkunft
- Terminvereinbarungen für die Büro-Sprechzeiten

Herr Selbach möchte als Zusatzfrage wissen, wie es um die personelle Ausstattung des Sozialdienstes steht.

OB Hebich erklärt, dass im Stellenplan entsprechende Stellen aufgeführt sind. Sofern absehbar ist, dass diese nicht ausreichen, wird die Verwaltung im Nachtragshaushaltsplan weitere Stellen beantragen. Er sichert zu, die Anzahl der gegenwärtig vorhandenen, im Stellenplan dargestellten Sozialarbeiter nachzuliefern.

Herr Massa erläutert seine dem Protokoll beigefügten Einwohnerfrage. Er ergänzt die Frage um den Bereich der Unterführung zum Bahnhof.

Bgm Knöppel antwortet wie folgt:

Aus seiner Sicht ist es zunächst erforderlich, dass die Migration und die Zuwanderung in Zukunft besser gesteuert und auch begrenzt wird. Gerade die Kommunen brauchen jetzt einfach die Luft zum Atmen. Die Verwaltung benötigt Zeit, um die Flüchtlinge ziel- und sachgerecht unterbringen zu können. Dazu benötigt die Verwaltung die Unterstützung von Bund und Land. Gerade bei der Migration und auch bei der Integration, die ja entscheidend ist um hier sozialen Sprengstoff zu vermeiden, wird die finanzielle und personelle Unterstützung benötigt. Sonst kann die Integration nicht gelingen. Er hat vor Kurzem mit dem Städtetag in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit telefoniert. Auch dort ist man sich der Thematik bewusst. Der Städtetag will dort auch verstärkt tätig werden. Bgm Knöppel wird sich in dieser Angelegenheit auch an den Innenminister des Landes wenden.

Zu den einzelnen Fragen:

Für die Unterbringung der Flüchtlinge in der Schulturnhalle der Andreas-Albert-Schule gibt es eine sicherheitstechnische Bewertung durch das Polizeipräsidium Rheinpfalz, Sachgebiet Zentrale Prävention. Das wird umgesetzt und sieht u.a. vor, dass in der Halle bei einer Belegung mit Flüchtlingen der Einsatz von Sicherheitsfachkräften, private Security, im 24 Stunden Einsatz geplant ist. Der Turnus von mindestens 4 Sicherheitsfachkräften ist von 06:00 Uhr – 18.00 Uhr und von 18.00 Uhr bis 06:00 Uhr vorgesehen und entspricht genau dem Konzept das auch damals im Jahr 2015 in der Isenachsporthalle umgesetzt wurde. Die Befugnisse des Sicherheitspersonals richten sich bei der Ausübung des Hausrechts hinsichtlich Umsetzung der Hausordnung und der Zutrittskontrolle nach den entsprechenden Anordnungen. Bei Gefahrensituationen ist die umgehend die Polizei, Feuerwehr und/oder die Rettungsdienste zu informieren. Die Polizei ist in die Vorbereitungen entsprechend mit einbezogen und weiß hierüber Bescheid. Es findet ein sehr enger Austausch mit der Polizei statt. Für den Parkplatz P 2 wird das Sicherheitskonzept in der nächsten Zeit noch entwickelt werden. Hier bedarf es noch der Rücksprache mit der Polizei. Bezüglich der Unterführung und auch der Albertstraße wird ebenfalls das Gespräch mit der Polizei gesucht werden.

OB Hebich erläutert, dass die Verwaltung bei der Bürgerversammlung Informationen zu folgenden Themen vorstellen wird: Welche Erfahrungen wurden bisher gemacht, was ist tatsächlich gewesen, wie war das Sicherheitsbild, was gab es für Einschätzungen und was konnte davon letztlich festgestellt werden. Es ist wichtig, dass nicht nur Behauptungen in die Welt gesetzt werden, sondern Fakten. Die Verwaltung hat diesbezüglich Erfahrungen. Es ist wichtig, in einer solch hochemotionalen Debatte Sachlichkeit zu bewahren. Dies erfordert eine gewisse Vorbereitung. OB Hebich hat Verständnis für Diskussionsbeiträge, aber die Stadtratssitzung ist nicht der richtige

Rahmen dafür. Dafür wird die Bürgerversammlung stattfinden, und dort werden die Wortmeldungen dann nacheinander aufgerufen. Die Verwaltung versucht dann Antworten zu liefern und auf die Punkte einzugehen, die vorgetragen werden.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

Nachwahl in Gremien

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es werden folgende Personen in die entsprechenden Gremien gewählt:

Sportausschuss

Frau Sylvia Classen-Czeczerski als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Lucia Garstka.

Sportstättenbeirat

Frau Sylvia Classen-Czeczerski als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Lucia Garstka.

Planungs- und Umweltausschuss

Herr Rainer Kurzhals als Stellvertreter anstelle von Herrn Martin Herrmann.

Ausschuss für Familie und Soziales

Frau Angelique Kapper als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Petra Krantz.

Protokoll:

Das Stimmrecht von OB Hebich ruht gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GemO.



Aktenzeichen: 101/6/Rü

Datum:

Hinweis:

Verleihung des Dr. Nathan-Preises - Ehrenamtspreis der Stadt Frankenthal (Pfalz) - für das Jahr 2022

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Verleihung des Dr.-Nathan-Preises – Ehrenamtspreis der Stadt Frankenthal (Pfalz) – für das Jahr 2022 erfolgt an die folgenden Personen und Initiativen:

Frau Ina Theobald

Bund der Freunde der Musikschule

Herrn Thomas Mieger

und

den Förderverein des Pfadfinderstamms John F. Kennedy

Das Preisgeld beträgt jeweils 625 €.

Protokoll:

OB Hebich gibt zu Protokoll, dass Herr Mieger nicht mehr aktiv im Pfarrgemeinderat Studernheim ist.



Aktenzeichen: 101/6/Rü

Datum:

Hinweis:

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Frankenthal (Pfalz) für das Jahr 2022

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 3	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Auf Vorschlag des Ältestenrates wird der Ehrenring der Stadt Frankenthal (Pfalz) an

Frau Sieglinde Ganz-Walther

verliehen.



Aktenzeichen: 25/Spr/Ho

Datum:

Hinweis:

**Konzeptvergabe Flst.Nr. 3443/11, An der Landwirtschaftsschule
hier: Zustimmung zum Veröffentlichungstext und Verfahrensablauf**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 4	Öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	24
					Mit		Nein-Stimmen:	16
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Stimmenmehrheit:	<input checked="" type="checkbox"/>	Enthaltungen:	1
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kennntnisnahme:		Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>				
Abdruck an: 25								

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Dem in der Anlage beigefügten Veröffentlichungstext für die formlose Ausschreibung mit folgenden Eckpunkten

- Es soll ein Investor gefunden werden, der die Fläche erwirbt, nach dem von ihm im Rahmen des Verfahrens erstellten Konzeptes bebaut, mit entsprechenden Nutzungen belegt und selbst betreibt oder einen Betreiber einsetzt.
- Ein Teil des Wohnbauprojektes (mindestens 50 %) soll als innovative Wohnform umgesetzt werden.
- Nach der Bewerbungsphase werden 3 – 5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl zur Teilnahme am weiteren Verfahren aufgefordert.
- Die Bieter erhalten für die Konzeptbearbeitung jeweils 8.000 €.
- Über die Auswahlentscheidung desjenigen Bieters, der den Zuschlag für die Realisierung erhält, wird eine Jury aus Vertretern der Stadt entscheiden.
Besetzung der Jury:
Zwei Vertreter des Bereichs Gebäude- und Grundstücke
Zwei Vertreter des Bereichs Planen und Bauen
Ein Vertreter des Bereichs Familie, Jugend und Soziales
- Mit dem Kaufvertrag wird außerdem ein städtebaulicher Vertrag geschlossen werden, der den Investor an die Umsetzung des Konzeptes bindet und ihn zur Umsetzung in angemessener Frist verpflichtet. Der Investor wird außerdem verpflichtet, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen

wird zugestimmt.

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 4 und 4.1 gemeinsam auf und erläutert die Vorlagen ausführlich.

Die Stadtratsfraktionen diskutieren umfassend über die Vorlagen daraus resultierenden Vorgaben für die Konzeptvergabe.

OB Hebich lässt einzeln über die Vorlage XVII/2928 mit den jeweiligen Änderungen der einzelnen Punkte 1 bis 7 der Vorlage XVII/2995 abstimmen:

XVII/2928 mit der Änderung durch XVII/2995 Ziffer 1:
40 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

XVII/2928 mit der Änderung durch XVII/2995 Ziffer 2:
40 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

XVII/2928 mit der Änderung durch XVII/2995 Ziffer 3:
28 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

XVII/2928 mit der Änderung durch XVII/2995 Ziffer 4:
40 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

XVII/2928 mit der Änderung durch XVII/2995 Ziffer 5:
24 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

XVII/2928 mit der Änderung durch XVII/2995 Ziffer 6:
40 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

XVII/2928 mit der Änderung durch XVII/2995 Ziffer 7:
40 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

RM Dr. Schulze gibt zu Protokoll, dass ihm nicht klar war, worüber eben genau abgestimmt wurde. Bei Klarheit hätte er bei allen Punkten dagegen gestimmt.



Aktenzeichen: 25/Spr/Ho

Datum:

Hinweis:

**Änderungsdrucksache
Konzeptvergabe Flst.Nr. 3443/11, An der Landwirtschaftsschule
hier: Zustimmung zum Veröffentlichungstext und Verfahrensablauf**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 4.1	Öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	24
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit:	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	16
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:		Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:		Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 25								

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Dem in der Anlage beigefügten Veröffentlichungstext für die formlose Ausschreibung mit folgenden Eckpunkten

1. Besetzung der Jury:
2 Vertreter des Fachbereichs 25
2 Vertreter des Fachbereichs 61
2 Vertreter des Fachbereichs 51
Oberbürgermeister o. V. i. A.
2. Ein Teil des Wohnungsbauprojektes (mind. 50 %) soll als innovative Wohnform umgesetzt werden. Sofern im Konzept ein höherer Anteil an innovativen Wohnformen vorgesehen wird, ist dies willkommen.
3. Geschossigkeit
Zulässig sind maximal III+SG, wobei sich die geplanten Gebäude in das städtebauliche Umfeld nachvollziehbar einfügen müssen; städtebaulich sinnvoll und wünschenswert kann aber auch eine Reduzierung (ganz oder in Teilbereichen der Bebauung) auf II+SG sein.

Für diesen Fall gilt:

Der Kaufpreis von 1.100.000 € bezieht sich auf den Flächenanteil, der mit III Geschossen bebaut wird, für die Teile, die nur mit II Geschossen bebaut werden, gilt der Kaufpreis 960.000 € (Ob ein Staffelgeschoss gebaut werden soll oder nicht, findet bei der Ermittlung des Kaufpreises keine Rolle).

Gerechnet wird dies, indem die Größe des Gebäude-Footprints mit der jeweiligen Geschosszahl des Konzeptes in Relation zur Grundstücksgröße gesetzt wird. Der jeweilige Kaufpreis bezieht sich dann auf die so ermittelten Grundstücksanteile.

4. GRZ 0,6
Überschreitungsmöglichkeit gem. § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO bis 0,8 gilt nur für Tiefgaragen, deren Oberfläche (sofern nicht unterhalb eines Gebäudes gelegen) dann aber begrünt werden muss.
5. Zusätzlich wird eine GFZ angegeben; Obergrenze 1,7
6. Überdachte oberirdische Stellplätze sind nur dann zulässig, wenn sie in Verbindung mit PV-Anlagen und/oder Dachbegrünung auf den Überdachungen vorgesehen werden. In diesem Fall sind aber die gesunden Wohnverhältnisse und eine attraktive Wohnumfeldgestaltung (z.B. in Bezug auf Wohnungen in den Obergeschossen) zu beachten.
7. Gebäudehöhe:
Traufhöhe max. 12 Meter, Firsthöhe max. 15 Meter

wird zugestimmt.

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 4 und 4.1 gemeinsam auf. Die Protokollierung erfolgt unter Tagesordnungspunkt 4.



Aktenzeichen: 25/Hu/Ko/Pe

Datum:

Hinweis:

Geänderter Baubeschluss: Fertigstellung des ersten Bauabschnitts für Flüchtlingsunterkünfte in der Siemensstraße 41

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 5	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts (Erstellung der Gebäude drei und vier) unter Berücksichtigung der in der Begründung dargestellten Änderungen bzw. Verbesserungsvorschläge mit Kosten in Höhe von 4.270.000,00 Euro

wird zugestimmt.



Aktenzeichen: 25/Hu/Kr/Pe

Datum:

Hinweis:

Beitritt zum Kommunalen Klimapakt und Verwendung des Kommunalen Investitionsprogramm Klima und Innovation (KIPKI)

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 6	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 25						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) beteiligt sich an der Kommunalen Klima-Offensive und tritt dem Kommunalen Klimapakt bei.

Protokoll:

OB Hebich und Bgm Knöppel erläutern die Vorlage ausführlich.

Alle Stadtratsfraktionen unterstützen die Teilnahme. Es wird der Wunsch geäußert, dass der Arbeitskreis Klimaschutz bezüglich der geplanten Maßnahmen beteiligt wird.



Aktenzeichen: 611/TK

Datum:

Hinweis:

Einführung des Handyparkens

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 7	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Möglichkeit des bargeldlosen Bezahlers von Parkgebühren mit dem Smartphone (sog. „Handyparken“) wird im laufenden Jahr 2023 als Mehrbetreibermodell eingeführt.
2. Die erforderlichen Verträge zwischen der Stadt Frankenthal (Pfalz) und den Anbietern von Handyparken werden über den *Smartparking – Plattform e.V.* geschlossen.
3. Dem in der Anlage beigefügten standardisierten Mustervertrag des *Smartparking – Plattform e.V.* und den daraus resultierenden weiteren vertraglichen Abwicklungen mit den jeweiligen Anbietern von Handyparken, die Mitglied im *Smartparking – Plattform e.V.* sind, wird zugestimmt.
4. Der Anpassung des Vertrags der Software zur Verkehrsüberwachung mit der Firma *EurOwiG AG* wird zugestimmt.



Aktenzeichen: 612/Ehr

Datum:

Hinweis:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Nördlich des Jahnplatzes“, Erneuter Beschluss über die freiwilligen frühzeitigen Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 8	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigelegt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 61						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wird auf Grundlage des mit der Verwaltung abzustimmenden Bebauungsplanentwurfes durchgeführt. Die Grundlage bildet das bereits vorliegende städtebauliche Konzept (Drs. Nr. XVII/1058).



Aktenzeichen: 54-MVZ/Wa

Datum:

Hinweis:

**Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums an der Stadtklinik
hier Ergänzungsdrucksache zur Drucksache XVII/2944**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 8.1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 54					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die medizinische Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums um die ärztliche Psychotherapie vorzubereiten und ermächtigt, bei Vollständigkeit der Zulassungsunterlagen diese bei der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz einzureichen.

Protokoll:

OB Hebich ruft die Vorlage gemeinsam mit der Vorlage XVII/2944 unter Tagesordnungspunkt 21 auf. Er gibt folgende redaktionelle Änderung der Begründung bekannt:

Auf Seite 2 ist ein Fehler in der Übertragung. Die Summe der Aufwendungen in 2023 ist nicht 8.284 € sondern 55.598 €. Das Jahresergebnis ist 8.284 €.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

**Beschlusskontrolle Anträge
hier: 2. Halbjahr 2022**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 9	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung berichtet:

Die Verwaltung hat im Juni 2022 das Modul „Beschlusskontrolle“ für das Sitzungsprogramm Session eingeführt. Bei der Beratung zum CDU-Antrag XVII/2066 Einführung eines Ticket-Systems für Anfragen/Anträge wurde zugesichert, dass zukünftig regelmäßig über den Bearbeitungsstand von Anträgen berichtet wird.

In einem ersten Schritt wurde die Beschlusskontrolle für Anträge aufgrund der Anzahl zum 01.07.2022 für den Stadtrat eingeführt. Die Beschlusskontrolle wird noch im ersten Quartal 2023 auf Anträge aller Gremien erweitert werden. Hierzu werden interne Schulungen der einzelnen Sitzungsbearbeiter erfolgen.

Eine Übersicht der Anträge im zweiten Halbjahr 2022 und die Information zur Realisierung bzw. zum Bearbeitungsstand ist als Anlage beigefügt.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich
Oberbürgermeister

Anlage: Übersicht Anträge Stadtrat zweites Halbjahr 2022



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Resolution zur Flüchtlingskrise
hier: Eilantrag der CDU-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 9.1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an:					

Menschen in Not helfen

Bedrohte Menschen, die ihre Heimat verlassen und ihr Hab und Gut zurücklassen müssen, die von Familienmitgliedern und Freunden getrennt werden, die um ihr Leib und Leben fürchten müssen und auf der Flucht in ein anderes, ihnen fremdes Land sind, haben unsere Solidarität und Hilfe verdient. Sie sind in Not.

In Not geratenen Menschen wollen wir helfen, das geht aber nicht unbegrenzt.

Flüchtlingszahlen steigen – Kommunen überfordert

Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2022 mehr Flüchtlinge aufgenommen als im Krisenjahr 2015. Auch im laufenden Jahr hält der Trend zu steigenden Flüchtlingszahlen an. Im Januar 2023 wurden beim BAMF 29.072 Asylerstanträge gestellt. Zum Vergleich: Im Januar 2022 wurden 13.726 Erstanträge gestellt. Die aktuellen Zahlen bedeuten somit eine Zunahme um 111,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit sind noch nicht die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erfasst. Diese Entwicklung führt neuerlich zu einer erheblichen Belastung der Kommunen, die zunehmend an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden.

Das beginnt bei der Unterbringung. Hier stößt nicht nur Frankenthal, sondern immer mehr Kommunen angesichts des ohnehin schon bestehenden großen Mangels an Wohnraum an ihre Grenzen.

Es geht aber noch um viel mehr: Erforderlich sind zusätzliche Plätze in Schulen und Kitas für die Kinder von Geflüchteten – bei bestehendem Lehrermangel und zu wenig Personal in den Kindertagesstätten. Notwendig ist insbesondere auch eine soziale Betreuung durch kommunale Einrichtungen und die Gewährleistung einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Das alles stellt bei begrenzten sächlichen, personellen und finanziellen Ressourcen eine gewaltige Herausforderung bzw. Überforderungen der Kommunen dar.

Bewältigung der Flüchtlingskrise gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen

Die Bewältigung von Aufnahme, Versorgung und Integration ist eine Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam tragen müssen. Gegenwärtig besteht allerdings ein Ungleichgewicht zu Lasten der Kommunen, das dauerhaft den sozialen Frieden in unserem Land gefährden kann. Wir fordern Bund und Land deshalb auf:

1. Den Kommunen die für die Erfüllung ihrer zusätzlichen Aufgaben notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. D.h. die Kosten für Unterbringung, Integration und gesundheitliche Versorgung der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge müssen vollständig erstattet werden.
2. Der Bund muss den Ländern zur Unterbringung von Flüchtlingen mehr Bundesimmobilien zur Verfügung stellen, die auch tatsächlich nutzbar sind.
3. Zuwanderung besser zu steuern. Menschen in Not helfen muss geholfen werden aber nicht unbegrenzt. Notwendig ist eine gerechtere Lastenverteilung in Europa und eine Steuerung der Zuwanderung von Fachkräften in den deutschen Arbeitsmarkt, die den hiesigen Bedürfnissen entspricht. Asylrecht und passgenaue Arbeitsmigration müssen getrennt werden.
4. Die illegale Migration zu reduzieren.
5. Die Voraussetzungen für den Vollzug von Asylentscheidungen zu verbessern. Zugleich muss die Landesregierung Asylentscheidungen konsequent umsetzen. Wer keinen Aufenthaltsstatus erlangt, muss in sein Heimatland zurückgeführt werden, sofern keine besonderen Hinderungsgründe vorliegen.

Protokoll:

RM Bindert erläutert den Resolutionsantrag ausführlich. Sie gibt zu Protokoll, dass im ersten Absatz der letzte Satz lauten soll: „In Not geratenen Menschen wollen wir helfen.“

RM Dr. Bruder macht den Änderungsvorschlag für den letzten Satz im ersten Absatz: „In Not geratenen Menschen wollen wir helfen, das geht nicht ohne zusätzliche Unterstützung.“

RM Böstler erklärt, dass die FDP-Stadtratsfraktion die Resolution mit der genannten Änderung unterstützt.

RM Höppner bittet darum, in der Ziffer 3 folgende redaktionelle Änderung umzusetzen: Der zweite Satz muss lauten „Menschen in Not muss geholfen werden.“. Unter Ziffer 5, zweiter Satz, sollte klargestellt werden, dass die Umsetzung von Asylentscheidungen Aufgabe der Kommunen ist und nicht von Land und Bund.

RM Kühner schlägt folgende Formulierung vor: „Zugleich müssen Asylentscheidungen konsequent umgesetzt werden.“

RM Hatzfeld-Baumann führt aus, dass man die Resolution aus einem anderen Blickwinkel betrachten sollte. Ihrer Meinung nach gibt es momentan keine Flüchtlingskrise, sondern eine Chance für Deutschland. Sie ist seit über acht Jahren in der Migrationshilfe tätig und ihre Erfahrung ist, dass es nicht so viele Menschen gibt, die zurückgeführt werden müssen, sondern dass es unheimlich viele Menschen gibt, um die man sich kümmern muss. Dabei handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht um eine Aufgabe vom Land, vom Bund, von der Stadt oder irgendwelchen Institutionen. Hier sind alle gefragt und es sollte sich jeder beteiligen. Sie berichtet von ihren Erfahrungen mit den Flüchtlingen. Ihrer Meinung nach ist die Frage, wie viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, zweitrangig. Wichtiger ist die Frage, wie gehen wir mit den Leuten um, wie empfangen wir sie. Sind wir offen oder sagen wir „Wir wollen das alles nicht.“? Das sollte in einer solchen Resolution ebenfalls enthalten sein. Nicht nur auflisten, was alles gemacht werden muss, welche Gerichte nicht mitziehen, und dass es Länder gibt, die keine abgelehnten Asylbewerber zurücknehmen. Das betrifft nämlich nur einen kleinen Teil der Flüchtlinge. Die Masse der Flüchtlinge sind die, die hier Fuß fassen wollen und die Deutschland auch braucht.

RM Schwarzendahl kritisiert die Ziffer 4. Er möchte wissen, ob das als politischer Ausdruck so zu verstehen ist, wie es in anderen Ländern durchgeführt wird, also mit Grenzanlagen, bewaffneter Polizei, schweren Schießvorrichtungen oder ob es so umgesetzt werden soll, wie im Mittelmeer, dass Boote abgedrängt werden, dass Leute aufs offene Meer hinausgetrieben werden und dort zu Tausenden sterben? Oder sollen die Menschen in Flüchtlingslager in Libyen abgeschoben werden, wo sie vor sich hinvegetieren und dann im Winter sterben? Vielleicht sollte dieser Passus herausgenommen werden oder klar festgelegt werden, wie der Stadtrat das will. Gerade Frankenthal hat eine Geschichte, wo man weiß wie es ist, wenn man vor Dingen flieht, wie es ist, wenn man Angst haben muss um das eigene Leben. Es handelt sich um Menschen, die nicht zu uns kommen, weil sie Langeweile haben, sondern weil sie in Nöten sind. Dies gebührt einen gewissen Respekt. Dieser Respekt gebührt nicht nur den Leuten, die nach Deutschland kommen, sondern auch den Kommunen und deren Mitarbeitern, den Leuten, die Flüchtlinge in Vereinen integrieren, die dafür

sorgen, dass die Flüchtlinge in der Kommune ankommen. Diese Dinge brauchen nicht nur das Verständnis, sondern in allererster Linie auch Gelder. Diese Gelder müssen der Bund und auch die Länder weitergeben, dass die Kommunen eben nicht im Regen stengelassen werden. Es würde sicher viel Wut herausgenommen werden, wenn da mehr ankäme. Die Intention ist gut und er wird der Resolution zustimmen.

RM Trapp gibt zu bedenken, dass wenn jetzt eine Turnhalle vollgemacht wird mit 100 Flüchtlingen, wo werden die nächsten 100 untergebracht. Wie viele Turnhallen stehen zur Verfügung? Es ist wichtig, dass gesteuert wird, dass nicht mehr Flüchtlinge in die Kommunen verlagert werden, als die Kommunen aufnehmen können.

OB Hebich gibt die geänderten Textstellen des Resolutionsantrags wider. Der beschlossene Resolutionstext ist dem Protokoll beigefügt.



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

Nutzung bzw. Zweckentfremdung der Sporthalle der Berufsbildenden Schule Andreas-Albert-Schule; Vorlage der Kriterienauswahl hier: Eilantrag der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 9.2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen: <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift: <input type="checkbox"/>	
Abdruck an: 25 / 51 / 40 / 41					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,

die Planung die Sporthalle der Berufsbildenden Schule Andreas-Albert Schule als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen, hat seitens der Schulleitung und seitens der dort wohnenden Bürgerschaft Widerstand und auch Unverständnis ausgelöst, da der Abwägungsprozess innerhalb der Stadtverwaltung zwischen den verschiedenen Hallen, der zur Festlegung auf die Andreas-Albert-Sporthalle als Notunterkunft geführt hat, bisher nicht transparent gemacht worden ist.

Wir beantragen daher, auch um in der Debatte die nötige Transparenz im Bezug auf die Entscheidungsprozesse der Verwaltung zu schaffen, die Darlegung, nach welchen Kriterien bzw. Kriterienkatalog die Eignung der verschiedenen Hallen in Frankenthal geprüft und bewertet und gerade die Sporthalle der BSS Andreas-Albert-Schule gegenüber den anderen ausgewählt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Aylin Höppner

Vorsitzende

Protokoll:

RM Höppner erläutert den Antrag ausführlich.

OB Hebich erklärt, dass der Antrag richtig ist und räumt in der Nachbetrachtung ein, dass die Kommunikation über die Kriterien und die Hintergründe der Auswahl vielleicht noch mit den Fraktionen auf einer gewissen Ebene erfolgte, aber nicht transparent gegenüber der betroffenen Bürgerschaft. Deswegen will die Verwaltung das noch nachholen und das entsprechend vortragen. Da wird auch über die Alternativen und die Abwägungsprozesse berichtet werden. Es gab verschiedene Turnhallen, die in Betracht gezogen wurden. Manche sind schon grundsätzlich auszuschneiden, so ist von den Sicherheitsvorgaben und den dringendsten Empfehlungen der Polizeibehörden nicht sinnvoll und angezeigt, Sporthallen zu nehmen, die unmittelbar an Grundschulen liegen, wie zum Beispiel die Carl-Bosch-Halle. Da fallen einfach direkt einige Hallen weg, wie zum Beispiel auch direkt an der Robert-Schumann-Schule. Da ist auch eine Grundschule. Das wäre jetzt nicht so sinnvoll.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung:

Eine sicherheitstechnische Bewertung durch das Sachgebiet zentrale Prävention des Polizeipräsidiums Rheinpfalz aus Ludwigshafen liegt vor, die sich für diese Halle ausgesprochen hat. Es gab beim Impfzentrum ein Sicherheitskonzept und davon sind die Videoanlage und die Lampen noch vorhanden. Das kann weiterhin genutzt werden. Die Flucht- und Rettungswege sind für die Unterbringung von Flüchtlingen vorhanden und insoweit mit dem vorbeugenden Brandschutz abgestimmt. Es gibt einen Zaun um die Halle herum. Die übrigen Hallen in Frankenthal haben einen solchen Zaun nicht. Die Eingangssituation für Zutrittskontrollen hat sich bereits beim Impfzentrum bewährt. Es gibt eine relativ nahe Lage zum Bahnhof und der Innenstadt. Die Empfehlungen der Polizei nicht in Turnhallen von Grundschulen solche Unterkünfte einzurichten hat der Oberbürgermeister ja schon dargelegt. Es gibt einen Parkplatz vor der Halle, der genutzt werden kann. Zudem ist der Hallenboden abgewirtschaftet und Sanierung war eh angedacht.

Bgo Leidig nimmt wie folgt Stellung:

Die Auswahl der Schule ist der Verwaltung nicht leichtgefallen. Allerdings sind viele Hallen aufgrund der Bewertung der Polizei bereits rausgefallen. Viele Turnhallen in Frankenthal befinden sich auf dem Schulgelände und teilweise sogar im Schulgebäude. In der Andreas-Albert-Sporthalle ist die Auslastung im Vergleich zu anderen Sporthallen geringer und eine Umlegung der dort ansässigen Vereine- und Sportgruppen besser umsetzbar. Die Umlegung kann in größentechnisch vergleichbare Sporthallen wie die Sporthalle am Kanal, Sporthalle in der Friedrich-Ebert-Schule, Isenachsporthalle, Peter-Trump-Halle oder Robert-Schuman-Sporthalle II erfolgen. Eine sinnvolle Integrierung in die vorhandenen Trainings- und Belegungszeiten der genannten Sporthallen ist durchführbar. Eine Verlegung des Sportunterrichtes an andere Standorte kann Schüler/innen, die bereits die 9. Jahrgangsstufe besucht haben und in der Regel 15 Jahre und älter sind, eher zugemutet werden als jüngeren Schüler/innen. Grundlage für die gemeinsame Planung, an welchen Standorten Ersatzzeiten angeboten und genutzt werden können, ist der aktuell geltende Hallenbelegungsplan, der bis zum 31.03.2023 gilt. Ab 01.04.2023 gilt der Sommerbelegungsplan, der erheblich mehr Freiräume aufweisen wird. Bei einem Gespräch mit Bürgermeister Knöppel, dem Bereich Schulen und Beigeordnetem Leidig mit dem stellvertretenden Schulleiter hat die Verwaltung das Thema vorgetragen und versprochen, das bestmögliche Ersatz- bzw. Alternativstandorte und Zeiten der Berufsbildenden Schule angeboten werden. Die Verwaltung weiß, dass das mit Aufwand und

Schwierigkeiten verbunden ist. Nach erster Durchsicht kommen nachstehende Standorte in Frage:

1. Carl-Bosch-Schule, montags bis freitags am Nachmittag,
2. Eichwiesenhalle, an 2 Tagen ganztägig,
3. vereinseigene Halle der TG Frankenthal, an 3 Tagen am Vormittag.

Es wurde heute mit dem stellvertretenden Schulleiter, Herrn Riedemann, ein Termin ausgemacht, an dem die Hallen besichtigt werden können. Dabei können Details geklärt und Fragen beantwortet werden um Abläufe näher bestimmen zu können. Die Verwaltung ist weiterhin in der Prüfung von weiteren freien Zeiten in anderen Hallen. Morgen wird die Verwaltung an der Schulausschusssitzung der Berufsbildenden Schule teilnehmen, um weitere Fragen gemeinsam zu erörtern.

RM Höppner bittet um zeitnahe schriftliche Beantwortung des Antrags, insbesondere mit den einzelnen Kriterien, die zugrunde gelegt wurden und wenn möglich im Abgleich mit anderen Hallen.

OB Hebich ergänzt, dass das Thema erweitert werden sollte um die denkbaren Standorte für Flüchtlingsunterkünfte in Containerbauweise. Es sind verschiedene Standorte denkbar, wo evtl. auch Baurecht besteht, wo es aber dann zu Komprimierungen kommt, wenn dann 300 oder 400 Personen auf einem Grundstück sind. Da sollte die Abwägung für den Stadtrat klarer gemacht werden. Es wird immer wieder über alle möglichen Standorte gesprochen. Hier soll der Stadtrat abschließend informiert werden, was aktuell denkbar wäre und was nicht geht.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

**Photovoltaik-Offensive 2025 – Frankenthal setzt auf Sonnenenergie
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 10	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen: <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift: <input type="checkbox"/>	
Abdruck an: 25					

Die Grünen offene Liste fordern eine Photovoltaik-Offensive der Stadt Frankenthal, die den Strombedarf aller städtischen Liegenschaften ab Ende 2025 vollständig durch klimaneutral und lokal erzeugten PV Strom abdecken soll.

Zu diesem Zweck soll die Stadt ein Bündnis mit allen geeigneten Akteuren in Frankenthal (z.B. EWF, Stadtwerken, Wohnungsbaugesellschaft usw.) bilden, um gemeinsam diese dringend notwendige Aufgabe zu stemmen.

Die vorrangige Aufgabe der Stadt Frankenthal sollte sein,

- die Dächer aller städtischen Liegenschaften auf Schulen, Kitas, Sportstätten, Verwaltungsgebäuden etc. dahingehend zu überprüfen, inwieweit diese für den Betrieb von Photovoltaik-Anlagen geeignet sind (nutzbare Dachfläche, Traglast der Dächer, ausstehende Dachsanierungen usw.)
- Alle potenziellen Bündnispartner anzusprechen und sich mit diesen zur Frankenthaler Photovoltaik-Initiative zusammenzuschließen.
- Pachtmodelle mit den Betreibern abzuschließen, um den erzeugten Strom in den lokalen Liegenschaften zu nutzen.
- Photovoltaik-Bündelaktionen mit den beteiligten Kooperationspartnern zu organisieren, um die Investitionskosten niedrig zu halten.
- Mit den Kooperationspartnern einen Masterplan zu erstellen, um bis Ende 2025 das angestrebte Ziel zu erreichen.

Begründung:

Die immer stärker sichtbaren Folgen der weltweiten Klimakatastrophe und der russische Krieg in der Ukraine zeigen eindringlich, dass die Energiewende in der Kommune mit deutlich mehr Einsatz betrieben werden muss. Deutschland muss sich endlich aus der jahrelang akzeptierten Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland und anderen Diktaturen befreien und den Ausbau der erneuerbaren Energie mit deutlich mehr Tempo voranbringen, als dies im letzten Jahrzehnt der Fall war.

In Frankenthal wird bisher nur ca. 8% des verbrauchten Stromes mit Photovoltaik erzeugt. Dies ist viel zu wenig. Hier gilt es als Stadt ein Zeichen zu setzen und die Stromerzeugung mittels PV Anlagen voranzubringen.

Da die Stadt stark verschuldet ist, ist es notwendig andere Akteure ins Boot zu holen, um die nötigen Investitionen einfacher stemmen zu können. Dazu bieten sich lokale Energieversorger, Wohnungsbaugesellschaften aber auch Energiegenossenschaften an.

Eine Photovoltaik-Offensive in Frankenthal hilft nicht nur gegen das größte Problem unserer Zeit, die Klimakatastrophe, sondern kann auch dazu beitragen, dass Heizen, Strom und Mobilität bezahlbar bleiben. Da für Windenergie in Frankenthal kaum geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, kommt der Photovoltaik gerade in Frankenthal eine Schlüsselrolle zu, sind die GRÜNEN überzeugt. Mit einer Strahlungsenergie von über 1000 kWh/m² pro Jahr bieten unzählige Dächer in Frankenthal eine hervorragende Chance zur Nutzung der Solarenergie. Diesen Schatz gilt es zu heben.

Anne Gauch
Frankenthal, 10.1.2023

Protokoll:

RM Gauch erläutert den Antrag ausführlich.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Anhand des Solar-Kataster des Landes Rheinland-Pfalz wurden die städtischen Liegenschaften in Bezug auf ihre Leistungskapazität ausgewertet. Auf allen städtischen Liegenschaften bei denen eine Anbringung von PV-Anlagen möglich ist, wurden diese angebracht. Alle Neubauten der Stadtverwaltung werden direkt mit einer PV-Anlage geplant. Insgesamt sind mittlerweile 23 PV-Anlagen mit einer Gesamt-Leistung von 597 kWp auf städtischen Dächern installiert. Diese Anlagen erzeugen zusammen eine Strommenge von 603.420 kWh im Jahr, womit die Atmosphäre von einer Menge von 141,81 t CO₂/a entlastet werden kann. Die auf der Kita Weidenstraße angebrachte PV-Anlage besitzt eine Leistung von 39,6 kWp. Im Jahr 2020 wurde so eine Strommenge von 34.835 kWh produziert von dem 33.360 kWh vor Ort verbraucht wurden. In diesem Fall sind dies 95,77 % Eigenverbrauch.

Die PV-Anlage auf der Sporthalle des Karolinen Gymnasiums besitzt eine Leistung von 39 kWp und produzierte so im Jahr 2020 eine Strommenge von 35.337 kWh. Hiervon wurden 19.708 kWh selbst verbraucht. Dies sind 55,77 %. Bei den übrigen städtischen Liegenschaften muss vor einer Anbringung eine Renovierung des Daches vorgenommen werden. Diese Renovierungsmaßnahmen sollen in den kommenden Jahren durchgeführt werden.

Momentan befindet sich das CFF mit den Stadtwerken im Gespräch über ein Pachtmodell für die Dachflächen auf dem CFF und dem Rathaus 2. Eine Umsetzung wurde noch für dieses Jahr in Aussicht gestellt.

Zu 2.:

Dies wird bereits mit den Stadtwerken wahrgenommen. Des Weiteren möchte die Stadt Frankenthal am Wettbewerb teilnehmen. Hierzu sollen im nächsten Planungs- und Umweltausschuss die entsprechenden Beschlüsse herbeigeführt werden. Durch den Wettbewerb soll gerade bei der Bürgerschaft das Bewusstsein für die Photovoltaik-Anlagen geschaffen und die Photovoltaik auch aktiv bewerben werden. Die Verwaltung nutzt jede Gelegenheit, um gerade bei der Industrie für Photovoltaik-Anlagen zu werben. Von Seiten der Firma Howden mitgeteilt worden, plant man dort die Dachflächen für PV-Anlagen zu nutzen.

Zu 3.:

Die Stadtwerke haben entsprechende Pachtverträge entwickelt. Diese sehen vor, den auf den Dächern der städtischen Liegenschaften und auch bei Privateigentümern produzierten Strom direkt für den Eigenverbrauch im jeweiligen Gebäude zu verwenden. Bei dem Modell entstehen Personen, die die Anlage auf dem Dach haben, keine Investitionskosten und auch keine Wartungskosten. Der Strom wird dann lokal verbraucht.

Zu 4.:

Bei einer Photovoltaik- Bündelaktion schließen sich mehrere Parteien zusammen und kaufen gemeinsam ihre PV-Anlagen. Hierdurch wird das Material gebündelt in einem Großhandel beschafft. Auch die Montage der Anlagen erfolgt zusammenhängend. Die Stadtverwaltung hat in den älteren Verträgen, ihre Dachflächen auf den städtischen Gebäuden vermietet und ist somit kein Eigentümer der PV-Anlagen. Das soll sich in nächster Zeit ändern, wenn die Stadtwerke die entsprechenden Pachtmodelle anbieten können. Die Stadt Frankenthal kann sich gut vorstellen, im Rahmen

des Wettbewerbes für solche Kooperationen gerade bei Hauseigentümergeinschaften oder Wohnungseigentümergeinschaften zu werben.

Zu 5.:

Die Stadt Frankenthal eruiert und klärt zurzeit, auf welchen Dachflächen mit welchem Sanierungsaufwand PV-Anlagen errichtet werden können. Sobald dies geschehen ist, kann ein Plan für die Errichtung und Erstellung mit PV-Anlagen entwickelt werden.

RM Gauch möchte wissen, wieviel Prozent des städtischen Stromverbrauchs momentan selbst erzeugt wird.

Bgm Knöppel kann dies ohne Prüfung nicht beantworten. Er sichert zu, die Antwort nachzuliefern.

RM Gauch freut sich darüber, was bereits gemacht wird. Sie möchte den Antrag allerdings weiter aufrechterhalten. Es soll die Verpflichtung festgeschrieben werden, dass bis 2025 der Strom komplett selbst erzeugt wird.

Bgm Knöppel erwidert, dass dies nicht umsetzbar ist. Viele Dächer sind in keinem guten Zustand. Dort müsste dann zuerst das Dach saniert werden und dann eine PV-Anlage installiert werden. Das sind sehr hohe Kosten. Die Stadt hat sich verpflichtet, dies bis 2030 zu erreichen. Und selbst das ist noch ambitioniert.

OB Hebich führt aus, dass die Verwaltung bei der Beschaffung von Aufträgen teilweise keine Angebote bekommt, dass keine Handwerker da sind, dass kein Personal da ist. Es werden immer wieder Wünsche geäußert, was die Verwaltung noch zusätzlich machen soll, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen, wo Sanierungen durchgeführt werden sollen. Und jetzt soll die Verwaltung dies auch noch machen in einem Zeitraum, der wirklich sehr kurz ist. Man sollte jetzt mal wieder auf eine Realität zurückkommen. Das wird nicht funktionieren. Der Rat kann 1000 Beschlüsse fassen, wenn die Verwaltung kaum in der Lage ist, die ganzen Anforderungen, die der Rat bereits gestellt hat, zu erfüllen. Der Stadtrat muss akzeptieren, wie die Lage in der Verwaltung aktuell ist.

RM Kühner stellt fest, dass die Verwaltung bereits einen sehr nennenswerten Beitrag leistet. Er greift die Aussage von RM Hatzfeld-Baumann, dass die Thematik Flüchtlingsintegration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, auf. Auch dieses Thema ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Ziel der Verwaltung muss es sein, mit einem guten Beispiel voranzugehen und andere zu ermutigen, dem gleichzutun und damit insgesamt die Bilanz der Stadt Frankenthal zu verbessern. Dann kann die Verwaltung eventuell flankierend noch logistisch unterstützen und Beratungsmöglichkeiten anbieten, zum Beispiel über die Stadtwerke. Ein großes Defizit sieht er aktuell bei Mehrfamilienhäusern. Es ist rechtlich gar nicht so einfach eine PV-Anlage auf einem Gebäude einer Wohneigentümergeinschaft zu installieren. Zusätzlich muss die WEG dann einen Verwalter finden, der auch die PV-Anlage als Zusatzaufgabe verwaltet. Hier sieht er ein großes Potenzial. Es macht keinen Sinn, jetzt aus dem Potenzial der Stadt Frankenthal mit Gewalt die letzten fünf Prozent rauszupressen, wenn man an anderen Stellen mit sehr viel geringerem Aufwand sehr viel größere Effekte erzeugen kann.

RM Dr. Bruder führt aus, dass man etwas positiver denken sollte. Wenn man sich 2025 vornimmt, dann wird es halt 2027. Wenn man aber von Grund auf 2030 sagt, dann wird es 2035. Er wünscht sich hier mehr Mut und weniger Bedenken. Er betont,

dass die Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste nicht denkt, dass in der Verwaltung nichts gearbeitet wird. Der Personalmangel wird gesehen und dies ist auch nicht die Richtung, in die dieser Antrag geht.

RM Schaich sieht die kurzfristige Zielsetzung kritisch, da man nicht in zwei Jahren die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufholen kann. Sie unterstützt den Antrag, aber ohne die Zielsetzung 2025.

RM Höppner ist der Meinung, dass Politik nicht nur real sein muss, sondern auch ein Stück weit visionär. Man muss Dinge auch mutig anpacken. Das Problem ist nicht nur das Klima, sondern es wird auch ein größeres Problem mit dem Artensterben geben. Auch die SPD-Stadtratsfraktion wird dem Antrag zustimmen, aber auch ohne die Zielsetzung 2025. Sie bittet um schriftliche Übermittlung der ausführlichen Stellungnahme von Bgm Knöppel.

OB Hebich schlägt folgendes vor:

Die Verwaltung prüft, was durch welche Maßnahmen möglich erscheint. Es wird zuerst eine Bestandsaufnahme gemacht und ein Maßnahmenkatalog zugrunde gelegt. Anschließend kann festgestellt werden, was denkbar ist. Einfach Zahlen festlegen erscheint nicht sinnvoll. Es macht mehr Sinn zu prüfen, wo die Verwaltung aktuell steht, was möglich ist und was dafür getan werden muss, um das Ziel zu erreichen. Dabei muss aber auch festgestellt werden, was die nächsten Jahre nicht möglich ist.

RM Gauch möchte wissen, bis wann die Verwaltung hierzu berichten wird.

Bgm Knöppel schlägt den übernächsten Planungs- und Umweltausschuss vor.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

**Unterbringung von Geflüchteten
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 11	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25 / 51					

Durch die RHEINPFALZ vom 20.01.2023 wurden die Leser darüber informiert, dass die Kapazitäten zur Unterbringung von Geflüchteten in Frankenthal fast völlig ausgeschöpft seien und deshalb vorbereitende Gespräche zur Aufrüstung der Albert-Sporthalle geführt werden.

Zwar gibt es einen Grundsatzbeschluss im Haupt- und Finanzausschuss vom 21.04.2022 diese Option vorzubereiten, allerdings wurde in dieser Sitzung jedoch auch betont, dass dies nur das letzte Mittel sein solle. Andere Optionen in städtischer Hand wurden genannt, die jedoch bisher nicht erkennbar vorangetrieben wurden.

Wir bitten deshalb um Auskunft:

1. Welche Optionen wurden angedacht und verworfen?
2. Welche Gründe gibt es für das Verwerfen dieser Optionen?
3. Wie weit ist die Vorbereitung, den weiteren Bauabschnitt in der Siemensstrasse zu realisieren?
4. Wann wird dieses Objekt bezugsfertig sein?

Um die Verwendung der Albert-Turnhalle abzuwenden, beantragen wir, an geeigneter Stelle Wohncontainer aufzustellen.

Frankenthal, 30.01.2023

Ute Hatzfeld-Baumann

Protokoll:

RM Hatzfeld-Baumann erläutert den Antrag ausführlich.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung:

Zur Verdeutlichung, welche Abstimmungsgespräche notwendig sind, erläutert er den Ablauf für die Containeranlage auf dem P2:

- Mai 2022 die Grundrissgestaltung wurde verwaltungsintern mit dem Bereich abgestimmt
- Mai 2022 eine Leitungserkundung fand inklusive Reinigung der Leitungen mit dem EWF und der technischen Abteilung des Gebäudemanagements statt, da keine ausreichenden Unterlagen für den Untergrund vorlagen
- Juni/Juli 2022 die Bauantragspläne wurden inklusive der Flächen- und Volumenberechnungen erstellt
- Im Anschluss wurde der Bauantrag eingereicht. Es musste nochmal umgeplant werden
- Dann kam die Thematik auf, dass der vorhandene Trafo nicht für vier Container ausreicht, sondern nur für einen. Die Anschaffung neuer Trafos hätte ein Jahr gedauert. Es wurde eine Zwischenlösung mit den Stadtwerken entwickelt über eine Miete

Solche Probleme sind leider nicht vorhersehbar.

Bgo Leidig ergänzt:

Es ist nicht so, dass die Verwaltung untätig war. Der Bereich Familie, Jugend und Soziales hat im letzten Jahr 22 Wohnungen angemietet. Das ist schon Arbeit neben dem Tagesgeschäft. Es muss alles geprüft werden, die Verträge müssen ausgearbeitet werden. Der Bereich hat sich nicht nur mit 22 Wohnungen beschäftigt. Das ist schon eine ordentliche Belastung für die Mitarbeiter gewesen. In diesen 22 zusätzlichen Standorten sind ca. 140 Menschen untergebracht worden. Das ist schon eine Hausnummer, die die Verwaltung hier geschafft hat. Er hat es bereits in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses deutlich gemacht, und die jüngsten Ereignisse machen ihm noch mehr Sorge. Es ist eine Dynamik in diese Entwicklung hineingekommen. Die Verwaltung weiß nicht, was in der Ukraine weiterpassiert, was die jüngsten Ereignisse in der Türkei und Syrien auslösen. Die Verwaltung stochert da teilweise im Nebel. Er muss es gebetsmühlenhaft wiederholen, dass es sich bei den angenommenen Zahlen des Landes nur um Prognosen handelt. Das macht es nicht leichter. Die Verwaltung steht vor einer riesigen Herausforderung. Im Rahmen der Diskussion zur Resolution wurde darüber gesprochen, dass die Kommunen viel mehr Unterstützung auf höchster politischer Ebene, aus Brüssel und Berlin, benötigen. Die Kommunen sind am Ende der Fahnenstange angekommen, was die Leistbarkeit anbelangt. Das betrifft nicht nur das Wohnen, sondern auch das Thema Integration.

Bgm Knöppel ergänzt, dass es zwar Vergabeerleichterungen gibt, aber diese gelten ausschließlich für ukrainische Flüchtlinge. Auch darauf hat die Verwaltung bereits mehrfach hingewiesen.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Teilnahme am Modellprojekt „Kommunale Allianz und Strategien gegen Rassismus und Hass“

hier: Eilantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 11.1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 31					

Die Stadt bewirbt sich als Modellkommune für das das Modellprojekt "Kommunale Allianz und Strategien gegen Rassismus und Hass" **Komma**

Begründung:

Das Projekt begleitet zehn Modellkommunen darin, Führungskräfte und Mitarbeitende der Verwaltung gegen Rassismus und Hass zu stärken. In der aktuellen Situation in Frankenthal ist daraus ein Mehrwert zu generieren, der für die Zukunft prägend sein wird.

Laufzeit des Projektes ist 2023 bis 2025. In jeder Kommune werden drei Basismodule bedarfsangepasst durchgeführt:

- Aufbau einer lokalen Allianz gegen Rassismus und Hass zwischen Verwaltung, Beratungs- und Hilfestellen sowie den lokal zuständigen Sicherheitsbehörden
- Entwicklung antirassistischer Strategiekonzepte, u.a. zu Clearingverfahren sowie antirassistischer Interventions- und Beteiligungsstrategien
- Bedarfsorientierte Trainings und Coachings im Umgang mit Rassismus und Hass

Träger des Projekts ist das Beratungsinstitut IMAP. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie für Antirassismus fördert und unterstützt das Projekt.

Bis zum 28.02.2023 können sich Kommunen für eine Teilnahme am Projekt bewerben. Das Projekt richtet sich an Landkreise, kreisfreie und kreiszugehörige Städte und Gemeinden

Der Mehrwert als Modellkommune besteht aus Folgendem:

- Die Stadt erhält eine kostenfreie Beratung durch IMAP von rund 80 Beratungstagen.
- Die Stadt stärkt sich als Kommunalverwaltung und entwickelt gemeinsam mit den Akteuren Lösungsstrategien, die bedarfsorientiert auf Ihre Situation angepasst sind.
- Die Stadt nimmt an einem bundesweiten Modellprojekt teil und nimmt damit eine Vorbildfunktion für andere Kommunen in ihrem Umfeld ein.
- Bei einer nicht erfolgreichen Bewerbung nehmen Mitarbeitende der Kommune bevorzugt an Online-Fortbildungen und am Transferprogramm teil.

Voraussetzungen für die Bewerbung

- Die Teilnahme als Modellkommune **ist kostenfrei und erfordert keine Einbringung von Eigenmitteln.**
- Die Leitung der Gesamtverwaltung (z.B. Bürgermeister:in) oder einer Organisationseinheit (z.B. Dezernent:in) unterstützt die Bewerbung.
- Es wird innerhalb der Verwaltung eine Ansprechperson für die Projektkoordination bestimmt, die im Optimalfall thematisch zuständig oder in einer Organisationseinheit verortet ist, auf die ein Schwerpunkt der Projektarbeit gelegt werden soll (z.B. Integrationsbeauftragte:r, oder Mitarbeiter:in im Stab des/der Bürgermeister:in/ Dezernent:in).

Frankenthal, 07.02.2023

Ute Hatzfeld-Baumann

Anlage: Projektvorstellung

Protokoll:

RM Hatzfeld-Baumann erläutert den Antrag ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Die Verwaltung unterstützt den Antrag. Offen bleibt allerdings der Personalbedarf der Verwaltung für die einzelnen Module. Sofern Frankenthal als Modellkommune zum Zug kommt, wird die Verwaltung voraussichtlich befristete Stellen und eventuell Finanzmittel benötigen. Er kann nicht zusagen, dass die Verwaltung ein solches Projekt mit dem vorhandenen Personal stemmen kann.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Sozialberatung

hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 12	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 51					

Am 07.06.2021 haben wir im Stadtrat einen Antrag auf Einrichtung einer niederschweligen Sozialberatung gestellt (XVII/1639), der dann an den nachfolgenden Ausschuss „Familie und Soziales“ verwiesen und dort angenommen wurde. Das war am 08.09.2021.

Im Haushalt 2022 fand sich dann eine Stellenmehrung mit dem Hinweis, dass eine Halbtagsstelle zu einer Ganztagsstelle gemacht wird mit der Begründung“ Unterstützung der Bereichsleitung und niederschwellige Sozialberatung“.

Aktuell ist die Lage so, dass die zum 01.07.2022 eingestellte Mitarbeiterin schon nicht mehr bei der Stadtverwaltung FT tätig ist. Zu Anfang war von Einarbeitung die Rede, die wohl nie zum Abschluss kam, da weder die Damen am Empfang im Rathaus, noch externe Stellen darüber informiert wurden, dass es diese Stelle überhaupt gibt und dass sie im 3. Stock, im vorletzten Zimmer untergebracht ist. Was ja nicht gerade vom Willen der Stadtverwaltung, für niederschweligen Zugang zu sorgen, spricht.

Mittlerweile ist die Stelle neu ausgeschrieben. Um für den/die neue Stelleninhaberin bessere Startbedingungen zu schaffen, beantragen wir, dem nächsten Ausschuss Familie und Soziales darzulegen:

- Wie wird der/die Stelleninhaber:in eingearbeitet, welche Anforderungen sind an die Stelle definiert?
- Welcher Zeitanteil entfällt bei dieser Stelle auf niederschwellige Sozialberatung?

- Gibt es eine geeignetere räumliche Unterbringung, die einen niederschweligen Zugang möglich macht?
- Werden die Mitarbeiter:innen der Information im Rathaus über diese Stelle und ihre Funktion informiert?
- Ist geplant externe Beratungsstellen über die Existenz der Stelle zu informieren?

Frankenthal, 30.01.2023

Ute Hatzfeld-Baumann

Protokoll:

RM Hatzfeld-Baumann erläutert den Antrag ausführlich.

Bgo Leidig nimmt wie folgt Stellung:

Aufgrund eines Antrags der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste wurde das Thema intensiv im Ausschuss für Familie und Soziales beraten. Damals wurde mit einer gewissen Vorsicht darauf hingewiesen, dass es eine Person, die das gesamte Sozialgesetzbuch beherrscht, auf dem Markt nicht geben wird. Es wurde dennoch eine solche Stelle im Stellenplan vorgesehen. In den Beratungen wurde sich darauf geeinigt, dass diese Person eine Art Lotsenfunktion innerhalb der Verwaltung übernehmen könnte. Glücklicherweise wurde eine Person für die Stelle gefunden, die dann auch eingestellt wurde. Allerdings ist die Verwaltung nicht über die Einarbeitungsphase hinausgekommen. Sowas kommt vor, da es auch Probezeiten gibt. Menschen orientieren sich anders, das ist nun mal so im Arbeitsleben. Nichtsdestotrotz bleibt die Stelle bestehen und die Verwaltung hofft, dass es Bewerbungen gibt. Mit dem Anforderungsprofil wird dies nicht ganz so einfach sein. Die Verwaltung verschließt sich dem Thema nicht, es wurde damals aber deutlich gemacht, dass sich die Verwaltung da ein Stückweit herantasten muss. Der Verwaltung ist keine ähnliche Stelle bei anderen Kommunen bekannt. Die Verwaltung nimmt hier eine Vorreiterrolle ein und muss eine entsprechende Person finden und einarbeiten. Anschließend muss sie sich vernetzen. Das ist schon ein Stück Arbeit und erfordert Zeit.

RM Hatzfeld-Baumann führt aus, dass auch damals schon in den Beratungen festgestellt wurde, dass es sich nicht um die „eierlegende Wollmilchsau“ handeln muss. Eine solche Person wird man sicherlich nicht finden. Aber wenn jemand sich Kontakte selbst erarbeiten muss, dann hat er damit zu tun und ist lange Zeit blockiert in dem was er tut. Sie hatte mehrfach mit der damals eingestellten Person Kontakt und diese hat die an sie herangetragenen Sachen perfekt gelöst. Sie betont, dass man nicht alles wissen muss, man muss nur jemand kennen, der es weiß. Das ist eigentlich der Knackpunkt bei diesem Thema. Wenn man aber im „Elfenbeinturm“ im vorletzten Zimmer im dritten Stock sitzt und nicht herauskommt oder eventuell sogar blockiert wird, dann wird das nicht funktionieren. Es muss eine offene Zusammenarbeit geben mit allen befassen Stellen in Frankenthal und der Kontakt ist ganz schnell herzustellen.

Bgo Leidig fügt an, dass es von den handelnden Personen abhängt. Es hat eben nicht funktioniert. Die Verwaltung muss einen neuen Anlauf nehmen. Was die räumliche Situation angeht, wurde ja gesagt, dass sich die Verwaltung an die Thematik herantastet. Die Person wurde ganz bewusst direkt im Bereich platziert, da dort der direkte Kontakt zu den Mitarbeitern besteht, um sich in das Thema einzuarbeiten. Der Bereich kam aber nicht über die Einarbeitungsphase hinaus.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Seniorentreff

hier: Prüfantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 13	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 51					

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welche Jugendtreffs für morgendliche Seniorentreffen geeignet sind. Des Weiteren ob und welche personellen Notwendigkeiten sich daraus ergeben.

Angesichts der demographischen Entwicklung wird die Zahl alter Menschen, die oft allein leben, zunehmen. Gerade im Alter ist es für das Wohlergehen unumgänglich, soziale Kontakte zu haben. Dies ist in unserer Gesellschaft leider oft nicht mehr die Regel. Das positive Beispiel des Seniorentreffs im Jugendtreff am Pilgerpfad sollte hier gut ein gutes Beispiel sein und zu weiteren Aktivitäten dieser Art anspornen

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Bruder

Protokoll:

RM Dr. Bruder erläutert den Antrag ausführlich.

Bgo Leidig nimmt wie folgt Stellung:

Die Verwaltung hat bereits auf den Weg gemacht. Das Projekt ist im Seniorenbeirat entstanden und wurde von der Verwaltung aufgenommen. Es wurde damals das Jugendcafe am Pilgerpfad ausgewählt. Es sollte ein offenes Angebot sein, dass sich auch weitestgehend als Selbstläufer trägt, mit wenig Betreuungsaufwand. Die Verwaltung möchte dies in diesem Stil weiterführend. Allerdings wird das Thema dann komplexer. Ganz so einfach kann die Verwaltung über die Einrichtungen nicht verfügen, da hier noch andere Aspekte eine Rolle spielen. Die Verwaltung ist mit verschiedensten Fragestellungen seitens des Kinder- und Jugendbüros, seitens der Frage „Wie geht es weiter mit dem Rechtsanspruch über eine Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026“ beschäftigt. Dieser Themenkomplex muss berücksichtigt werden bei der Frage, wie die Verwaltung mit den vorhandenen Einrichtungen umgehen kann.

RM Dr. Bruder möchte dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Familie und Soziales nochmals genauer besprechen.

Bgo Leidig sagt dies zu. Er schlägt vor, den Seniorenbeirat zu diesem Punkt einzuladen.



Aktenzeichen: AfD

Datum:

Hinweis:

**Parksituation in der Oggersheimer Str. in Studernheim
hier: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 14	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 32					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,
die Parksituation in Frankenthal ist, nicht komfortabel, aber zufriedenstellend.
So war es auch ca. 30 Jahre in Studernheim in der Oggersheimer- Str.
In dieser Zeit haben die Anlieger ihre Fahrzeuge auf den sogenannten „Grünstreifen“ abgestellt. In diesen 30 Jahren ist weder der Untergrund abgesackt, noch hat es irgendwelche Umweltschäden gegeben. Das Grün auf den „Grünstreifen“ verschwand und wurde sowohl durch Anwohner - und angeblich auch durch den EWF - mit Schotter aufgefüllt. Jetzt, nach 30 Jahren, stellt man fest, daß das Parken auf den Grünstreifen nicht möglich oder verboten sein soll. Auch kann und darf man zwar auf der Straße selbst parken, leider ist die Straße jedoch derart schmal, daß bei geparkten PKW am Straßenrand beispielsweise - die LKW der Spedition Grundhöfer an der Durchfahrt behindert werden, dadurch besteht überdies ein erhöhtes Unfallrisiko

Wir stellen daher den Antrag:

1. Die „Grünstreifen“ als Parkfläche auszuweisen.
2. Sollte die Beschaffenheit der „Grünstreifen“ einer Nutzung und Ausweisung als Parkfläche entgegenstehen, so wird hilfsweise beantragt die „Grünstreifen“ baulich herzurichten, daß eine Nutzung und Ausweisung als Parkfläche möglich ist.

Mit den besten Grüßen im Namen der AfD – Fraktion

Mit besten Grüßen
Hartmut Trapp
Ratsmitglied der Stadt Frankenthal
Fraktionsvorsitzende




Kreisverband
Frankenthal

Protokoll:

RM Trapp erläutert den Antrag ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Es ist nicht zutreffend, dass an dieser Stelle 30 Jahre geparkt wurde und nichts kaputt gegangen ist. Es ist nämlich der Grünstreifen kaputt gegangen. Ein Grünstreifen hat schon einen Sinn. Es wird oft über kleinklimatische Auswirkungen, Mikroklima u. s. w. geredet. Die damaligen Stadtväter und -mütter haben sich bei der Anlage dieser Straße etwas gedacht. Der Grünstreifen war wohl bis Mitte der 90er Jahre noch in Ordnung. Zug um Zug wurde dann der öffentliche Raum enteignet zugunsten privater Interessen, dass man vor seiner Haustür parken kann. In der Folge wurden Zug um Zug immer mehr Bäume entfernt. Das ist aber auch kein Wunder, wenn man direkt auf der Wurzel parkt. Der Abstand zu den Bäumen sollte mindestens 5 bis 6 Meter betragen. Die Kronen sind eingekürzt wegen dem Lichttraumprofil, nichtsdestotrotz befindet sich im Boden das Wurzelwerk. Die Argumentation, dass die Bäume später nicht mehr hingepflanzt werden können hängt aufgrund bautechnischer Umstände zusammen. Es wurde hier im Laufe der Zeit etwas einreisen lassen. Aber das kann kein Garant dafür sein, dass es in alle Ewigkeit so weiter geht. Was hier passiert ist, ist ordnungswidrig. Es wird immer über die Akzeptanz von Normen gesprochen und es wird darüber geklagt, dass die Leute sich nicht daran halten. Die Stadt sollte hier tätig werden. Es ist ein Ortstermin für die Sonnenstraße und die Oggersheimer Straße geplant. Problematisch ist es, wenn für jede einzelne Straße ein großes Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt werden soll. Es handelt sich um eine Auftragsangelegenheit. Wenn gewollt ist, dass dort ein Grünstreifen ist, dann muss dieser auch hergerichtet werden und es muss verhindert werden, dass die Leute darauf parken. Man kann nicht sagen, weil dort nichts gewachsen ist, sollen sie weiter darauf parken. Dann sollte die Entscheidung getroffen werden, dass dort kein Grünstreifen sein soll und Parkplätze herrichten. Ob das allerdings heute in die Landschaft passt ist fraglich. Er schlägt vor, den gemeinsamen Ortstermin vom Ortsbeirat mit dem Planungs- und Umweltausschuss abzuwarten.



Aktenzeichen: FWG

Datum:

Hinweis:

**Beitritt zum kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP)
hier: Antrag der FWG-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 15	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25					

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beitritt zum Klimapakt Rheinland-Pfalz zu prüfen und möglichst bereits für die nächste Stadtratssitzung am 22.03.2023 vorzubereiten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,

der kommunale Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP) soll Kommunen dabei helfen, ihre **eigenen** Klimaschutzziele zu erreichen und sich effektiv an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

Alle interessierten Kommunen, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz können sich dem neuen Bündnis anschließen, Voraussetzung ist lediglich ein Ratsbeschluss. Mit dem kostenlosen Beitritt bekennen sich die Kommunen zu den Klimaschutzzielen des Landes. Der Beitritt wäre ab dem 01.03.2023 möglich.

Vorteile wären beispielsweise:

- • Anerkennung und Sichtbarkeit der Kommune
- • Angebote zur Beratung,
- • bedarfsorientierte Förderung
- • Finanzierung

Der Stadtrat Frankenthal hat im Jahr 2013 ein Klimaschutzkonzept beschlossen. Die Unterstützung aus dem Klimapakt RLP könnte die Zielerreichung der Stadt Frankenthal fördern.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Prüfantrag.

Tanja Mester
Fraktionsvorsitzende FWG

Protokoll:

Der Antrag hat sich durch den Beschluss unter Tagesordnungspunkt 6 erledigt.



Aktenzeichen: FDP

Datum:

Hinweis:

**Alternative Unterbringung von Geflüchteten
hier: Prüfantrag der FDP-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 16	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25					

Mit diesem Antrag möchten wir eine Alternative zu der Unterbringung von geflüchteten Menschen in Sporthallen aufzeigen. Diese Lösung sollte nur als letztes Mittel in Betracht gezogen werden, wenn alle anderen Möglichkeiten nicht mehr umgesetzt werden können.

Es ist wichtig, daß wir uns bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf angemessenen Wohnraum konzentrieren, da Sporthallen und Zelte nicht die notwendigen Einrichtungen und Annehmlichkeiten für ein menschenwürdiges Leben bieten. Dazu gehören private Schlafzimmer, sanitäre Einrichtungen, Küchen und Gemeinschaftsräume. In Turnhallen und Zelten sind diese Einrichtungen nicht vorhanden, und es ist schwierig, die Hygiene- und Sicherheitsstandards aufrechtzuerhalten.

Spannungen innerhalb dieser Einrichtungen sind vorprogrammiert. Ferner sinkt die Akzeptanz in der Bevölkerung sehr schnell und erzeugt Unmut. Wir dürfen die Fehler der letzten Flüchtlingskrise nicht wiederholen, sondern müssen daraus lernen!

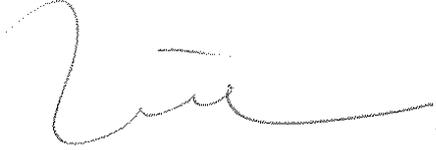
Eine Alternative bieten mobile Wohneinheiten, die viele der Annehmlichkeiten einer festen Unterkunft bieten und gleichzeitig flexibel genug sind, um schnell und einfach an die Bedürfnisse der Menschen angepaßt zu werden. Sie können auch an Orten aufgestellt werden, an denen es sonst keine Unterkünfte gibt und stellen somit eine nachhaltige Lösung dar. Mobile Wohneinheiten wären daher eine ideale Lösung für die Unterbringung von geflüchteten Menschen.

Als Standorte kämen die Freiflächen an der Siemensstraße, aber auch der seit vielen Jahren brachliegende Rot-Weiß-Platz an der Schraderstraße in Frage. Dieser ist hergerichtet,

eingezäunt und Wasser und Strom wären schnell anzuschließen. Bereits 2017 wurde dieses Konzept vorgestellt, welches sich im nachhinein als die sinnvollste Lösung erwiesen hätte.

Wir bitten daher die Stadtverwaltung Kontakt mit dem Anbieter (ein Kontakt kann nachge-
reicht werden) aufzunehmen, um sich einen Kostenvoranschlag für diese Alternative zukom-
men zu lassen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Börstler', written in a cursive style.

Thomas Börstler
FDP-Fraktionsvorsitzender

Anlage: Fotos

Protokoll:

RM Böstler erläutert den Antrag ausführlich.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung:

Gerne kann die Verwaltung da nochmal den Kontakt aufnehmen. Allerdings gab es diesen Vorschlag bereits im Jahr 2017. Damals war die Problematik die, dass die Häuser nicht barrierefrei waren. Des Weiteren waren auch die notwendigen sechs Quadratmeter für den Schlafbereich nicht ausreichend vorgesehen. Daher war dies nach den Empfehlungen vom Gesundheitsamt nicht umsetzbar. Die Verwaltung wird den Kontakt mit dem Hersteller aufnehmen, sobald sie die Kontaktdaten von Herrn Böstler erhält.

OB Hebich gibt zu bedenken, dass es nicht so einfach funktionieren wird. Es ist ein europaweites Vergabeverfahren notwendig. Es dreht sich hier ja um einige Häuser. Zusätzlich stellt er die Frage, wer das bezahlen soll. Er bekommt täglich Prospekte für Container, Tiny-Häuser und Module. Das wird immer als systemgenaue Lösung angepriesen. Man muss genau wissen, was man will und warum genau diese Größe, da dann die Ausschreibung so gemacht werden muss, dass genau das Haus den Zuschlag bekommt. Es handelt sich hier auch um Beträge, da fällt man um.

Bgm Knöppel sagt zu, ein Angebot einzuholen.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Sachstand Unterkunft Schießgartenweg
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 17	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 51					

Wie ist der Sachstand zum Umbau der potentiellen Unterkünfte im Schießgartenweg, ehemals Massong. Wann können dort die ersten Personen untergebracht werden.

Begründung:

Mündlich

Gabriele Bindert

Fraktionsvorsitzende

Protokoll:

RM Bindert erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgo Leidig antwortet wie folgt:

Die Verwaltung hat sich mit vielen Objekten in der Stadt beschäftigt. Gerade in dieses wurde viel Hoffnung gesetzt und es gab sehr intensive Gespräche. Es gab einige Schwierigkeiten bzw. es mussten einige Parameter abgearbeitet werden bzw. die berücksichtigt werden müssen:

- welche baurechtlichen Möglichkeiten bestehen
- bei einer Ortsbesichtigung wurden Mängel bezüglich der Brandschutzanforderungen an Sanitär und so weiter festgestellt
- es gab andere Vorstellungen des Eigentümers

Das hat letztlich dazu geführt, dass auf Grundlage der baurechtlichen und Brandschutzanforderungen Anforderungen an die Nutzungsdauer zunächst keine Einigung erzielt werden konnte. Er möchte nicht ausschließen, dass doch noch ein Lösungsweg gefunden werden kann. Allerdings ist im Augenblick die Situation schwierig darstellbar, auch was die finanziellen Aspekte angeht.

RM Bindert fragt, was das Problem bei der Nutzungsdauer ist.

OB Hebich führt aus, dass der Eigentümer eine unbefristete Baugenehmigung möchte, die Verwaltung kann diese aufgrund des Baurechts nicht geben. Nach der Sonderbauvorschrift sind drei Jahre möglich, nach der Rechtsprechung, was die Verfestigung von städtebaulichen Strukturen betrifft, wären maximal 5 Jahre möglich. Darüber hinaus ist eine Genehmigung nicht möglich. Wenn die Verwaltung dann für 10 Jahre einen Vertrag abschließt, aber nur für 5 Jahre eine Baugenehmigung gewährt und dann Schadensersatzpflichtig wird, weil darüber hinaus keine Genehmigung mehr möglich ist, dann ist das ein Problem. Bei drei Jahren wäre dieses Problem noch größer. Wenn die Verwaltung die Genehmigung einfach gewähren würde, obwohl sie weiß, dass es nicht geht, nur um die Wohnungen zu haben, wäre das ein ganz anderer Kontext.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

Einrichtung eines Bewerbermanagements - Sachstand?
hier: Eilanfrage der CDU-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 17.1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 104					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Stadtratsdrucksache XVII/2068 hatte die CDU-Stadtratsfraktion die Einrichtung eines Bewerbermanagements für die Verwaltung der Stadt Frankenthal (Pfalz) und ihre Eigenbetriebe beantragt. Ein Protokoll der Ratssitzung vom 26.01.2022, in welcher der Antrag beraten wurde, findet sich im Ratsinformationssystem leider nicht. Vermerkt ist allerdings, dass der Antrag durch Stellungnahme der Verwaltung erledigt sei. Unserer Erinnerung nach hatte die Verwaltung auf einen früheren Bericht im Haupt- und Finanzausschuss verwiesen, im Übrigen aber zugesagt, das Konzept zu überarbeiten und erneut vorzustellen.

Am 04.02.2023 berichtete die Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ über die Erfahrungen einer Erzieherin, die sich Mitte Dezember 2022 auf eine der zahlreichen vakanten und von der Verwaltung ausgeschriebenen Stellen für Erzieherinnen oder Erzieher beworben, über einen Zeitraum von 6 Wochen hinweg allerdings abgesehen von einer Eingangsmitteilung keinerlei Nachricht erhalten hatte.

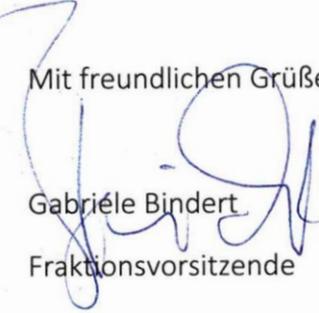
Gerade im Hinblick auf die prekäre Personalsituation in den städtischen KiTas hatte sich auch die aus Vertretern der Ratsfraktionen und des Stadtelternausschusses bestehende Arbeitsgruppe mehrfach mit der Thematik der Personalgewinnung befasst. Leider ist es in bisher drei Sitzungen offenbar nicht gelungen, eine verwaltungsinterne Abstimmung mit dem für das Personalwesen zuständigen Hauptamt herbeizuführen.

Am Rande erwähnt sei, dass die Stadt Ludwigshafen am Rhein seit wenigen Tagen ein modernes Online-Bewerbungsverfahren implementiert hat, offenbar unter Inanspruchnahme eines von der Pfälzischen Pensionsanstalt bereitgestellten Dienstes.

Die Verwaltung wird daher um (schriftliche) Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

1. Welche konkreten Veränderungen hat es innerhalb des vergangenen Jahres im Bereich des Bewerbermanagements der Stadt Frankenthal (Pfalz) gegeben?
2. Wie ist der Ablauf des Verfahrens von der Ausschreibung einer Stelle bis zur Einstellung? Wie lange dauert dieser Prozess durchschnittlich?
3. Sieht die Verwaltung Potential zur Beschleunigung dieser Abläufe, etwa durch Verschlinkung notwendiger Abstimmungsprozesse zwischen Personalamt, einstellender Fachabteilung und weiteren zu beteiligenden Stellen wie etwa der Personalvertretung oder städtische Gremien?
3. Gibt es nach Auffassung der Verwaltung Verbesserungspotentiale durch fortschreitende Digitalisierung, zum Beispiel Online-Bewerbungen oder digitalisierte Auswahlverfahren?
4. Welche Karriereportale, soziale Medien oder sonstige Plattformen werden bisher genutzt, um Stellenausschreibungen zu platzieren oder gezielt Berufseinsteiger, Arbeitsmigranten oder berufliche Quereinsteiger zu erreichen, auch im Sinne einer allgemeinen Imagewerbung der Stadt als Arbeitgeber?
5. Welches Konzept liegt der Regelkommunikation mit Bewerberinnen und Bewerbern zu Grunde? Wie wird sichergestellt, dass Bewerberinnen und Bewerber über Anforderungsprofil und Karrierechancen ausreichend informiert und der Stand des Bewerbungsverfahrens für sie transparent sind?

Mit freundlichen Grüßen,



Gabrièle Bindert

Fraktionsvorsitzende

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 17.1, 17.2 und 17.3 gemeinsam auf.

RM Kühner, RM Hatzfeld-Baumann und RM Börstler erläutern die Anfragen ausführlich.

OB Hebich beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Tagesordnungspunkt 17.1

Ja, es ist in diesem Fall etwas schiefgelaufen. Er kann auch nicht ausschließen, dass es weitere dieser Fälle gegeben hat und sich nach der Berichterstattung jetzt weitere Betroffene zu Wort melden werden.

Die Personalabteilung hat vor rd. sechs Jahren den Bewerbungsprozess unter Einbeziehung des Bewerbungsportales, welches Interamt zur Verfügung stellt, begonnen, den Bewerbungsprozess digital aufzubauen. An der Vorstellung des neuen ppa Moduls ‚Bewerbermanagement‘ haben wir teilgenommen. Von den Abläufen gestaltet es sich überwiegend identisch wie das von uns benutzte Verfahren über Interamt. In den nachfolgenden Ausführungen wird generell von den Bereichen gesprochen. Bei einigen Bereichen klappt das eine mal besser mal schlechter.

Zu Tagesordnungspunkt 17.1

1. Welche konkreten Veränderungen hat es innerhalb des vergangenen Jahres im Bereich des Bewerbermanagements der Stadt Frankenthal (Pfalz) gegeben?

- Neben der bisherigen Vollzeitstelle Bewerbermanagement wurden im Rahmen von Aufgabenverlagerungen auf einer vorhandenen Stelle innerhalb der Personalabteilung zeitliche Potentiale in Höhe von 25 % geschaffen, die das Bewerbermanagement seit 01.07.2022 unterstützt.

Somit konnten Arbeitsabläufe verbessert werden. Sie stellen sich wie folgt dar:

- Die eingehenden Bewerbungen werden bereits vor Ende der Bewerbungsfrist seitens der Personalabteilung gesichtet und mit dem geforderten Profil der Stellenausschreibung hinsichtlich der beruflichen Qualifikation abgeglichen. Die entsprechenden Bewerbungen werden mittels eines Datenaustauschordners elektronisch den Verantwortlichen der Bereiche zur Verfügung gestellt, so dass eine Durchsicht in den Fachbereichen schon innerhalb der Bewerbungsfrist möglich ist. Das passiert allerdings leider in den Bereichen auch nicht immer sofort. Mitunter wird hier gewartet, bis die Bewerbungsfrist um ist, was nicht gut ist. Dann liegt es nicht an der Personalabteilung. Ärgerlich ist es trotzdem.
- Bewerbungen, welche nicht zum Zuge kommen, werden auf Verwendung für andere Stellen gesichtet und angesprochen, ob Interesse an anderen Stellen besteht.

Darüber hinaus stellen sich folgende weitere Änderungen dar:

- Ausschreibungstexte werden veröffentlicht mit Zusätzen „wie Bewertung wird aktuell überprüft“, „eine Entfristung ist angestrebt bei Vorliegen der Genehmigung des Stellenplans“, „Aufgabenzuschnitt kann sich aufgrund Neustrukturierung verändern“. Somit können interne Prozesse parallel laufen. Sie sollten jedoch bis zum Vorstellungsgespräch geklärt sein.
- Leserecht auf die Raumplanung der Sitzungsräume des Rathauses zur Koordination der Vorstellungsgespräche wurde ermöglicht.

- Mit steigender Tendenz wird im Anschluss an die Vorstellungsgespräche ein sogenannter Hospitationstag für die im engeren Kreis befindlichen Bewerber durchgeführt. Hierbei haben die Bewerber die Möglichkeit, ihren zukünftigen Arbeitsplatz sowie Kolleginnen und Kollegen kennenzulernen und mit den Verantwortlichen vor Ort noch Fragen zum Aufgabengebiet direkt zu klären. Im Rahmen eines Vorstellungsgesprächs ist dies nicht vollumfänglich abbildbar. Hierdurch verzögert sich jedoch die zeitliche Entscheidungs-komponente, Gremienbeschlüsse und Absagen gehen später in den Lauf.
- Intensivere Ansprache der Bereiche, wann Stellen zur Ausschreibung gebracht werden können. Bei Ausscheiden von Mitarbeitenden werden die Wiederbesetzungen bei den Bereichen angesprochen.
- Einführung von sogenannten Kennenlerngesprächen mit Bewerbern, welche insbesondere eine Tätigkeit im Verwaltungsbereich suchen und sich initiativ beworben haben. Die Gespräche dienen zur Abklärung, welche Anforderungen sie an einen künftigen Arbeitgeber stellen (Gehaltsvorstellungen usw.) und welche Ausschreibungen für sie interessant sein könnten in Bezug auf den bisherigen beruflichen Werdegang. Diese Gespräche werden seitens der Abteilungsleitung Personal geführt.
- Für den Stellenplan 2023 wurde eine Stelle für Active Sourcing und Recruiting beantragt. Um auch hier schneller in eine Umsetzung zu kommen, wurde eine auf ein Jahr befristete Stelle mit der Option der Entfristung nach Genehmigung des Haushaltes zur Ausschreibung gebracht. Eine erste Ausschreibung war nicht erfolgreich. Eine erneute Ausschreibung läuft gegenwärtig.

2. a) Wie ist der Ablauf des Verfahrens von der Ausschreibung einer Stelle bis zur Einstellung

Die nachfolgenden Ausführungen legen einen tatsächlichen Einstellungs-termin zu Grunde. Die Einstellungszusage ist zeitlich früher.

Die eingehenden Bewerbungen (online oder Papier) werden bereits vor Ende der Bewerbungsfrist seitens der Personalabteilung gesichtet und mit dem geforderten Profil der Stellenausschreibung hinsichtlich der beruflichen Qualifikation abgeglichen. Die entsprechenden Bewerbungen werden mittels eines Datenaustauschordners digital den Verantwortlichen der Bereiche zur Verfügung gestellt, so dass eine Durchsicht in den Fachbereichen sofort möglich ist. Nach Ende der Ausschreibungsfrist und vorliegenden Bewerbungen werden mit den Bereichen der Kreis der einzuladenden Bewerber besprochen und Termine für die Vorstellungsgespräche sowie die Details derer besprochen. Hier erwartet er zukünftig, dass Termine bereits vorher festgelegt werden, gerade wenn großer Bedarf besteht und auch Bewerber vorhanden sind. Danach erfolgt die Terminkoordination mit Personalrat und Schwerbehindertenvertretung sowie die Klärung der Raumkomponente für Präsenz bzw. Klärung mit IT wg. Zugang für Videokonferenz. Je nach Bewerberlage und terminlicher Verfügbarkeit der Teilnehmenden intern und der Bewerber können dies mehrere Termine für eine Stelle sein. Nach Beendigung der Vorstellungsgespräche finden zunehmend die bereits erwähnten Hospitationstage statt. Die Personalabteilung klärt ggf. Fragen im Nachgang an den Hospitationstag und gibt Rückmeldung an den Bewerber, gleichzeitig erfolgt an den Erstplatzierten eine Stellenangebotsunterbreitung sowie Klärung, wann eine Einstellung möglich ist. Im Falle einer positiven Rückmeldung wird im Weiteren die erforderlichen Personalratsmitbestimmung und Gremienbeteiligung erstellt. In der Regel finden die Personalratssitzungen wöchentlich statt. Die Entscheidung des Betriebsausschusses, des HFA bzw. Stadtrates erfolgt in den jeweiligen Sitzungen. Nachdem die Gremienbeteiligung erfolgt ist, werden bei Tarifbeschäftigten die Verträge, die Einstellungs-

schreiben sowie eine Liste mit vorzulegenden Unterlagen (Führungszeugnis, Krankenkasse, Bankverbindung usw.) versendet. Der Rücklauf wird überwacht. Die Bereiche werden über das Einstellungsdatum informiert. Die Bereiche beantragen die erforderlichen IT-Zugänge, Schlüssel usw. Vor dem tatsächlichen Eintritt werden an die Bereiche sogenannte Begrüßungsordner für die neuen Mitarbeitenden verschickt. Diese enthalten Informationen zu allgemeinen Themen, zur Stadtverwaltung usw. Die Bereiche erhalten entsprechende Verpflichtungserklärungen und Datenschutzerklärungen zur Besprechung mit den neuen Mitarbeitenden sowie die Aufforderung die Probezeitbeurteilung rechtzeitig an die Personalabteilung zu übermitteln. Bei den Beamten unterscheidet sich das Einstellungsverfahren – die detaillierten Ausführungen können gerne nachgeliefert werden.

b) Wie lange dauert der Prozess durchschnittlich?

Dies lässt sich leider nicht so einfach beantworten, da Ausschreibungen öfter mehrmals platziert werden müssen, Vorstellungstermine aufgrund Terminproblemen, auch durch Bewerber, sich über mehrere Wochen gestalten, Bewerber nicht zum Termin erscheinen oder erkranken, die Sitzungstermine der Gremien sich nicht zeitnah darstellen, die Kündigungsfristen der Bewerber unterschiedlich lang sind, die Bereiche erst die räumlichen Voraussetzungen schaffen müssen. Von der Ausschreibung bis zur tatsächlichen Einstellung können mitunter sechs Monate und mehr vergehen, insbesondere bei längeren Kündigungszeiten.

3. Sieht die Verwaltung Potential zur Beschleunigung dieser Abläufe, etwa durch Verschlankung notwendiger Abstimmungsprozesse zwischen Personalamt, einstellender Fachabteilung und weiteren zu beteiligenden Stellen wie etwa der Personalvertretung?

Jede zur Ausschreibung gelangende Stelle weist im Stellenplan eine Entgeltgruppe oder eine Besoldungsgruppe aus. Dies schränkt den Bewerberkreis ein. Vor diesem Hintergrund sind wir bestrebt, die Ausschreibungen zunehmend sowohl für Tarifbeschäftigte als auch Beamte zu öffnen. Dies ist nur möglich, wenn entsprechende Bewertungen der Stellen durch die Abteilung Organisation vorliegen. Bei den zur Ausschreibung anstehenden Stellen haben sich jedoch im Laufe der Jahre Aufgabenänderungen/-verschiebungen ergeben. Hiervon erfahren die Abteilung Organisation und die Abteilung Personal mitunter erst im Rahmen des Wiederbesetzungsantrages. Stellt sich eine Abweichung dar, ist der Bereich gefordert, eine aktuelle Arbeitsplatzbeschreibung zu erstellen. Dies nimmt einige Zeit in Anspruch und danach kann die Abteilung Organisation eine Bewertung durchführen. In Anbetracht der steigenden Bewertungen werden diese auch nach extern gegeben. Erst danach kann im Grunde genommen eine ordnungsgemäße Ausschreibung erfolgen. Um diesem Umstand etwas entgegenzuwirken, werden einige Ausschreibungen mittlerweile mit dem Zusatz „eine aktuelle Bewertung erfolgt derzeit“ versehen. Eine Bewertung sollte dann spätestens zum Vorstellungsgespräch vorliegen.

- Die stetige Zunahme von Vorstellungsgesprächen bringen alle Beteiligte an zeitliche Grenzen. Seitens des Personalrates wurde dies schon öfter thematisiert.
- Um den Prozess zwischen Ausschreibung und Vorstellungsgesprächen zu straffen, wird nun in 2023 mit dem Setzen der Ausschreibung direkt mit den Bereichen ein Vorstellungstermin abgestimmt und koordiniert und die zu betei-

genden Personen hierüber informiert. Bei dieser Taktung fließen die Sitzungstermine der Gremien ein. Ziel ist es schnellere Einstellungszusagen zu ermöglichen.

4. Gibt es nach Auffassung der Verwaltung Verbesserungspotentiale durch fortschreitende Digitalisierung zum Beispiel Online-Bewerbungen oder digitalisierte Auswahlverfahren?

- Mit dem Bewerbungsportal Interamt erhalten wir Online-Bewerbungen. Papierbewerbungen werden gescannt und in das Portal eingepflegt, gleiches gilt für Bewerbungen über die Mail-Adresse.
- Die Homepage mit den Stellenausschreibungen wird neu strukturiert, um die Bewerber zielgerichteter zu informieren. Hieran wird bereits gearbeitet.
- Ein modernes E-Recruitings beschleunigt die Bewerberauswahl, indem beispielsweise künstliche Intelligenz und Software die Erstausswahl übernimmt. Hierüber verfügt weder Interamt noch das ppa Modul.

5. Welche Karriereportale, soziale Medien oder sonstige Plattformen werden bisher genutzt, um Stellenausschreibungen zu platzieren oder gezielt Berufseinsteiger, Arbeitsmigranten oder berufliche Quereinsteiger zu erreichen, auch im Sinne einer allgemeinen Imagewerbung der Stadt als Arbeitgeber?

- Interamt
- Rhein-Neckar-Jobs und in den dort angeschlossenen Portalen
 - unter anderem google for jobs
- Arbeitsagentur
- Mitteilungsblatt (Intern)
- Markplatz (Intern)
- Homepage der Stadtverwaltung Frankenthal
- Facebook
- Stellenportale der Hochschulen (z. B. auch Uni now)
- Architektenkammer
- Gegebenenfalls Fachmagazine
- ggf. Printmedien (Mannheimer Morgen, Rheinpfalz, Wormser/Alzeyer Zeitung, Wochenblätter mit den jeweils angeschlossenen Online-Stellenportale wie VRM-Jobs.de, looking4jobs.de, jobs-rheinpfalz.de etc.)

6. a) Welches Konzept liegt der Regelkommunikation mit Bewerberinnen und Bewerbern zu Grunde?

Der Bewerber erhält in der Regel mit Eingang ein Schreiben, in dem der Eingang bestätigt wird. Es erfolgt ein Hinweis darauf, dass man um Verständnis bittet, dass die Prüfung einige Zeit dauern kann. Hier muss die Verwaltung schneller werden, dass es nicht nochmal zu solchen Problemen kommt.

b) Wie wird sichergestellt, dass Bewerberinnen und Bewerber über Anforderungsprofil und Karrierechancen ausreichend informiert sind und der Stand des Bewerbungsverfahrens für sie transparent ist?

Die Stellenausschreibungen enthalten die geforderten beruflichen Qualifikationen. Um einen größeren Bewerberkreis zu erreichen, wird zunehmend neben den konkreten beruflichen Qualifikationen die Formulierung „oder vergleichbare Abschlüsse“, „abgeschlossene dreijährige Berufsausbildung und Erfahrung in dem Themenfeld/ Aufgabenfeld“ verwendet. Karrierechancen werden in den Vorstellungsgesprächen von den Bewerberinnen und Bewerbern angesprochen. Diese stellen sich nicht unbedingt auf der ausgeschriebenen Stelle dar. In den Ausschreibungen werden die Funktionen „Sachbearbeitung“, „Sachgebietsleitung“, „Abteilungsleitungen“ bzw. „Bereichsleitungen“ mit aufgeführt, somit ist die künftige Funktion erkennbar.

Es gibt für die Bewerber keinen abrufbaren Statusverlauf der Bewerbung. Bewerber, welche das Profil offensichtlich nicht erfüllen, erhalten zügig Absagen. Bewerber, welche zu Vorstellungsgesprächen eingeladen waren, erhalten erst nach Zusage des ausgesuchten Bewerbers eine Absage. So kann man im Falle einer Absage andere Bewerber als Nachrücker ansprechen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2 und 17.3:

Zeitablauf

14.12.2022	Erhalt der Bewerbung online über Interamt
14.12.2022	Eingangsbestätigung automatisiert über Interamt versendet
24.12.2022 bis 01.01.2023	Verwaltung geschlossen
bis 16.01.2023	Entscheiderin des Fachbereichs in Urlaub
08.01.2023	Ablauf der Bewerbungsfrist
09.01.2023	Weitergabe der eingegangenen Bewerberdaten an den Fachbereich zur Sichtung
27.01.2023	Anruf durch Bewerber
27.01.2023	Bewerbung durch den Bewerber zurückgezogen über Interamt
27.01.2023	Mitteilung vom Fachbereich mit Termin für Vorstellungsgespräche auf den 09.02.2023
30.01.2023	Versendung der Einladungen zum Vorstellungsgespräch an die Bewerber

Stellenbesetzungsverfahren Kita

Grundsätzlich findet ein offenes Bewerbungsverfahren über Stellenausschreibungen als Dauerausschreibung statt. Eingegangene Bewerberdaten werden geprüft. Die geeigneten Bewerbungen wurden bislang an den Fachbereich zur Sichtung weitergeleitet. Nach Sichtung erfolgte die Rückmeldung des Fachbereiches, welche Bewerber/-innen zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Bislang fanden monatlich Vorstellungsgespräche statt. Aufgrund der Verwaltungsschließung und einiger Krankheitsfälle war dies ausnahmsweise im Januar 2023 nicht der Fall. Die Terminierung der Vorstellungsgespräche erfolgte in Abstimmung mit dem Fachbereich, dessen Vertreter am Bewerbungstermin teilnimmt. Die Einladungen zu den Vorstellungsgesprächen wurden erst nach Auswahl und Rückmeldung durch den Fachbereich versendet. Die Personalabteilung hat nach Rücksprache mit dem Fachbereich eine Änderung der Besetzungsverfahren Kita vorgenommen. Grundsätzlich findet weiterhin ein offenes Stellenbesetzungsverfahren als Dauerausschreibung statt. Die Bewerber werden mit geändertem Ausschreibungstext auf turnusmäßig stattfindende Vorstellungsgespräche hingewiesen. Vorstellungstermine werden im Vorfeld zwischen der Personalabteilung und dem Fachbereich bereits für ein Quartal fest eingeplant. Vorstellungstermine für das erste Quartal 2023 sind bereits vorgeplant für 09.02.2023 14.02.2023 17.02.2023 03.03.2023 20.03.2023 04.04.2023. Weitere Termine werden turnusmäßig mit maximal 3 Wochen Abstand festgelegt. Eingehende Bewerber/-innen, die die fachlichen Voraussetzungen erfüllen, erhalten

umgehend eine Einladung zum nächsten Vorstellungstermin. Die Vorabbefragung des Fachbereiches entfällt, die Personalabteilung wird alle geeigneten Bewerbungen zulassen. Bei Terminkollision erhalten die Bewerber sofort einen Ersatztermin.

Die anfragestellenden Fraktionen bitten um schriftliche Übersendung der Beantwortung.



Aktenzeichen: FDP

Datum:

Hinweis:

**KiTa Bewerbung
hier: Eilanfrage der FDP-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 17.2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 104					

Seit Jahren brennt das Thema Fachkräftemangel für die Kindertagesstätten in Frankenthal lichterloh. Gebaut wird fleißig, aber sehr viele Kinder können wegen fehlenden Personals in den Kitas nicht betreut werden. Das schadet nicht nur den Kindern in der Entwicklung, sondern trägt zusätzlich, durch das erzwungene Betreuen und damit Fehlen eines Elternteiles im Arbeitsleben, zu einer Mangellage in den Betrieben bei. Wenn man wüßte, daß die Verwaltung alles unternehmen würde um der Situation Herr zu werden, könnte man Verständnis aufbringen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

Der neueste Bericht der Rheinpfalz vom 03.02.2023 attestiert ein respektloses Verhalten gegenüber Bewerberinnen und Bewerbern und bestätigt damit ein geradezu fahrlässiges Agieren gegenüber den Bürgern, Eltern, Kindern und den eigenen Erzieherinnen und Erziehern in den städtischen Einrichtungen.

Wir fordern daher die Verwaltung auf zu erklären, wie es zu diesen Praktiken kam und wer diese anordnet und umsetzt?

- 1.) Wer ist für die Rückmeldung bei Bewerbungseingang an die/den Bewerber/in zuständig?
- 2.) Wie sieht diese Rückmeldung im genauen Wortlaut aus?
- 3.) Über welchen Kanal erfolgt die Rückmeldung?
- 4.) Nach welcher Zeit / Frist erfolgt diese Rückmeldung?
- 5.) Welche weiteren Kontaktaufnahmen finden wann und wie mit den Bewerbern statt?
- 6.) Wer hat dies in Form und Ablauf so beschlossen, aufgetragen und nach welchen Grundsätzen?
- 7.) Wer hat die Praktik „geht erst weiter, wenn genügend Bewerbungen eingegangen sind“, beschlossen, aufgetragen und nach welchen Grundsätzen?
- 8.) Wie sieht der Informationslauf über eingegangene Bewerbungen gegenüber den betroffenen Abteilungen aus? (z.B. Wann erfährt die Leitung des Bereiches „Familie und Soziales“, daß neue Bewerbungen vorliegen und auf welchem Wege?)

Eine respektvolle Rückmeldung zum Eingang und Dank über die Bewerbung ist in dieser hochkritischen Situation das mindeste, was man von einer Personalabteilung verlangen kann, um ein schädliches Verhalten für die Stadt und deren Bürger abzuwenden.

Bedenkt man die Not, in welcher die Verwaltung steckt, und mit der sie den Fachkräftemangel beklagt, sind Zweifel an der Eignung der Verantwortlichen und an deren bisherigen Strategien und Entscheidungen mehr als angebracht. Der entstandene Schaden ist nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung enorm, nein, es drängt sich der Verdacht auf, daß solche Praktiken wohl auch auf alle anderen Bewerberbereiche Anwendung finden könnten, was als fahrlässig schädigend zu bewerten ist.

Wer Fachkräfte wie Bittsteller behandelt, dem muß man folglich in Bezug auf Personalführung und Verantwortungsbewußtsein seiner Aufgaben der Stadt gegenüber, jedwede Eignung absprechen.

Aufgrund der Dringlichkeit halten wir die Beantwortung unserer Fragen bis spätestens 13.02.2023 für angebracht.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Böstler', with a long horizontal flourish extending to the right.

Thomas Böstler
FDP-Fraktionsvorsitzender

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 17.1, 17.2 und 17.3 gemeinsam auf. Die Protokollierung erfolgt unter Tagesordnungspunkt 17.1.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Bewerbung Kindertagesstätten

hier: Eilanfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 17.3	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 104					

Wie erklärt die Stadtverwaltung, dass es sechs Wochen gedauert hat ohne dass eine offensichtlich hochqualifizierte Bewerberin einen Gesprächstermin erhalten hat?

Wie dem Zeitungsartikel zu entnehmen ist, hat sich eine offensichtlich hoch qualifizierte Kindergärtnerin bei der Stadt Frankenthal beworben, und zwar am 14.12.2022. Da von Seiten der Stadt keine Einladung zu einem Gespräch erfolgte, nahm die Bewerberin am 26.1.2023, dann Kontakt mit der Verwaltung auf. Es wurde ihr dann offensichtlich mitgeteilt, dass man von Seiten der Verwaltung zu einem Vorstellungsgespräch immer warte, bis man zehn Interessenten beisammen habe. In der Stellungnahme der Verwaltung wird ausgeführt, dass 129 Bewerbungen pro Monat bei der Stadt eingegangen sein und dass die Personalsachbearbeiter vor allem mit Telefonaten überfordert gewesen seien.

Angesichts des immer wieder beklagten und sicherlich vorhandenen Personalman- gels, ist es wohl völlig obsolet, zu warten, bis man zehn Bewerber zusammen hat. Auch dass man argumentiert, man wäre mit Bewerber Telefonaten ausgelastet und überlastet gewesen, erscheint angesichts der immer wieder beklagten Personalnot wie Realsatire.

Wir sehen hier hohen Erklärungsbedarf von Seiten der Verwaltung. Ein derartiges Verhalten konterkariert darüber hinaus sämtliche Bemühungen der letzten Monate, das Personalmanagement effektiv zu machen.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Bruder

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 17.1, 17.2 und 17.3 gemeinsam auf. Die Protokollierung erfolgt unter Tagesordnungspunkt 17.1.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Flomersheimer Brücke
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 18	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Flomersheimer Brücke ist seit Monaten gesperrt. Nach dem ursprünglichen Plan sollte die Sanierung abgeschlossen sein.

Warum ist die Maßnahme noch nicht abgeschlossen.

Begründung:

Mündlich

Gabriele Bindert
Fraktionsvorsitzende

Protokoll:

RM Spiegel erläutert die Anfrage ausführlich.

OB Hebich antwortet wie folgt:

Es handelt sich hierbei um eine Landesstraße. Die Verwaltung kümmert sich bei einer normalen Sanierung um die Planung und die Durchführung der Baumaßnahme und erhält vom Land entsprechenden Ersatz. Ursprünglich wurde ein Ingenieurbüro mit der Sanierung beauftragt, weil die Brücke in die Jahre gekommen ist. Dann kam ein Brandbrief vom Landesbetrieb Mobilität, ausgehend von den Erfahrungen von dem Unglück in Telgte, Nordrhein-Westfalen. Dort sind im Sommer 2020 von einer bauartgleichen Brücke die Brückenkappen abgerissen und auf die Schienen gefallen. Zum Glück ist nichts passiert. Die Brückenkappen haben die Aufgabe, den Funkenüberschlag zu verhindern und damit die Fußgänger vor einem elektrischen Schlag zu schützen. Es wurde geprüft, wo baugleiche Brücken sind. Die bisher zu Grunde gelegten statischen Modelle sind über die Jahrzehnte hinweg nicht mehr tragbar. Die Verwaltung wurde aufgefordert unverzüglich tätig zu werden. Dies wurde von der Verwaltung auch gemacht, da hier ja auch Gefahr im Verzug besteht. Das Günstigste und Schnellste war, die Brückenkappen abzuflexen. Dies wurde auch direkt umgesetzt. Das Problem ist, dass die Wiederherstellung der Brückenkappen eventuell das komplette Sanierungskonzept oder auch die Bauart der Brücke verändert. Vor diesem Hintergrund hat das Land die Verwaltung beauftragt, es neu statisch berechnen zu lassen, wie die Brückenkappen wiederhergestellt werden können und die Sanierung durchgeführt wird oder ob das nach den neuen Berechnungsmodellen nicht mehr möglich ist. Aktuell wird dies geprüft. Es kann sein, dass es mit der gegenwertig bestehenden Brücke nicht mehr möglich ist, diese sinnvoll zu sanieren und ein Neubau erforderlich ist. Daher macht es keinen Sinn, die Sanierung gegenwertig weiter zu planen. Die Verwaltung wurde in der laufenden Sanierungsplanung überrascht vom Thema der Brückenkappen, was gar kein Thema war für die Sanierung. Das Land hat Alarm geschlagen, dass hier ein Sicherheitsrisiko bestehen kann und hier grundsätzlich neu konzeptioniert werden muss. Der Bauzaun dient gegenwertig ausschließlich dazu, die Funktion der Brückenkappen zu ersetzen.



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

**Sachstand der Realisierung des „Masterplans Albert-Frankenthal-Quartier“
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 18.1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Mit einer Anfrage (Drs. XVII/1918) vom 25.10.2021 hatten wir nach dem Sachstand der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 15.4.2017 zur Aufstellung eines Bebauungsplanes „Albert-Frankenthal-Quartier“ gefragt. Hintergrund war u.a. der Verkauf des überwiegenden Teils des Fabrikgeländes durch die Fa. KBA an einen Investor bzw. eine Investorengruppe.

Seit der Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung in der Stadtratssitzung vom 3.11.2021 (die im Übrigen im Ratsinformationssystem nicht zu finden ist) ist dem äußeren Anschein nach auf dem Gelände offenkundig nichts passiert. Das einst als Leuchtturmprojekt gepriesene Projekt industrieller Konversion scheint endgültig weitgehend gescheitert.

Deshalb fragen wir:

1. Was hat sich seit November 2021 (Sachstand der Beantwortung unserer damaligen Anfrage) auf dem vom Masterplan erfassten ehemaligen KBA-Gelände und dem ehemaligen KBA-Bürogebäude an der Johann-Klein-Straße getan?
2. Gab bzw. gibt es Gespräche mit den Investoren über die Entwicklung des ehemaligen Fabrikgeländes?
3. Welche nächsten Schritte und Pläne sind von Seiten der Investoren zu erwarten?
4. Wie beurteilt die Verwaltung insbesondere die Perspektiven für Ansiedlung eines Supermarktes, der im Masterplan als sehr wichtig für die Nahversorgung des Lauterecker Viertels eingestuft und in das Einzelhandelskonzept der Stadt aufgenommen wurde

Mit freundlichen Grüßen
Aylin Höppner

Protokoll:

RM Dr. Schiffmann erläutert die Anfrage ausführlich.

OB Hebich antwortet wie folgt:

Die Verwaltung spricht in regelmäßigen Abständen mit den Eigentümern. Für das Bürogebäude hinten an der Johann-Klein-Straße gab es eine entsprechende Baugenehmigung. Dies wurde dem Planungs- und Umweltausschuss auch mitgeteilt. Dort sollte ein Ärztehaus errichtet werden. Es gab leider gewisse Verzögerungen, aber es ist geplant, das Projekt zeitnah zu verwirklichen. Es wurde ein weiterer Antrag hinsichtlich der Weiterentwicklung der Deutschen Kranwerke gestellt. Diese möchten die Hauptverwaltung hierher verlegen. Hierbei geht es um die Lambsheimer Straße. Es soll eine weitere Nutzung kommen im Bereich des früheren Zentrallagers Wareneingang. Darüber hinaus hat der Investor Kontakt mit mehreren Unternehmen, welche Anfragen gestellt haben. Ein weiteres Unternehmen aus Mannheim hat Interesse, in den nächsten Wochen hier einzuziehen. Es wurden allerdings auch Anfragen vom Investor aufgrund der verkehrlichen Notwendigkeiten der Unternehmen abgelehnt. Im gesamten Areal sind mittlerweile bereits zehn gewerbliche Unternehmen eingezogen. Für den Bereich des früheren Vormontagezentrums ist ein Antrag in den nächsten Wochen angekündigt worden.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

**Kommunales Investitionsprogramm Klima und Innovation (KIPKI)
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 19	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25					

Die Grünen bitten, um Beantwortung folgender Fragen:

Erstens: Wie weit sind die Planungen für die Maßnahmen, die im Rahmen des Kipki Programms umgesetzt werden sollen gediehen?

Zweitens: Welche Projekte sind anvisiert?

Drittens: Sind die entsprechenden Anträge bereits beim Land gestellt?

In dem gibt kein Programm, sind immerhin über 2 Millionen € für die Stadt Frankenthal vorgesehen, um Klima aktive Projekte umzusetzen. Dies ist eine einmalige Chance, dem Klimawandel auf kommunaler Ebene wirksam entgegen zu treten. Hier sollte nichts versäumt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Bruder

Protokoll:

Die Anfrage ist durch die Vorlage „XVII/2999 Beitritt zum Kommunalen Klimapakt und Verwendung des Kommunalen Investitionsprogramm Klima und Innovation (KIPKI)“ unter Tagesordnungspunkt 6 bereits beantwortet.



Aktenzeichen: AfD

Datum:

Hinweis:

**Windräder im Stadtgebiet
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 20	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,
In einen Artikel der Rheinpfalz-Zeitung vom 11.01.2023 wurde erwähnt, daß die Stadt Frankenthal in ihrem „Klimaschutzkonzept“ von 2013 sieben Flächen im Stadtgebiet ausgewiesen hat, auf denen potentiell ca. 20 Windräder errichtet werden könnten.

- Wir fragen daher:
Um welche Flächen handelt es sich konkret?
Bitte benennen Sie die betroffenen Flurstücknummern.
- Gibt es einen über die Ausweisung der Flächen hinausgehenden Planungsstand bzw. haben sich die Pläne seit 2013 konkretisiert?
Bitte informieren Sie umfassend über den aktuellen Planungsstand.
- Falls Punkt 2 bejaht wird: Welche der ausgewiesenen Flächen befinden sich in der engeren Auswahl?
- Welche Art von Windrädern sollen auf den ausgewiesenen Flächen errichtet werden?
Hier wird insbesondere um Angaben zur Bauhöhe sowie zur Leistung derselben gebeten.

Im Namen der AfD-Fraktion



Protokoll:

RM Trapp bittet aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit um eine schriftliche Beantwortung.



Aktenzeichen: 54-MVZ/Wa

Datum:

Hinweis:

**Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums an der Stadtklinik
hier: Arztsitz Psychotherapie**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top 21	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 54					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die medizinische Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums um die ärztliche Psychotherapie vorzubereiten und zeitnah zum Beschluss durch den Betriebsausschuss MVZ/ Stadtrat vorzulegen:

- Antrag KV
- Anstellungsverträge der beteiligten Ärzte

Protokoll:

OB Hebich verschiebt vor Eintritt in die Tagesordnung mit Zustimmung des Stadtrates die Vorlage in die öffentliche Sitzung. Die Vorlage wird gemeinsam mit der Vorlage XVII/3020 unter Tagesordnungspunkt 8.1 aufgerufen und beraten. Die Protokollierung erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt 8.1.



XVII. Wahlperiode 2019 – 2024

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 08.02.2023	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an:					

Protokoll:

OB Hebich gibt folgende Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 22	Einstellung	abgesetzt
TOP 22.1	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 23	Ernennung	einstimmig beschlossen